

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Pettzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brep. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Die deutschen Löhne teilweise unter dem Existenzminimum.

Die Arbeiter und Angestellten der Industrie, des Handels und des Verkehrs müssen einen Rückgang des Arbeitseinkommens erdulden, der in der Geschichte ohne Beispiel da steht. Noch niemals ist in der Geschichte der Krisen der letzten 50 Jahre das Arbeitseinkommen so stark wie gegenwärtig zurückgegangen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit wird die Zahl der Einkommensbezieher immer geringer. Das gewaltige Ausmaß der Kurzarbeit vermindert weiter das Arbeitseinkommen breiterer Schichten. Im Durchschnitt sind im Jahre 1931 etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmer mehr als 1930 als Einkommensbezieher durch Arbeit ausgeschaltet worden. Das gesamte Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten war im dritten Vierteljahr 1931 um etwa 1 1/2 Milliarden geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im letzten Vierteljahreshaft zur Konjunkturforschung lesen wir weiter hierüber: „Seht man für das vierte Vierteljahr den gleichen Fehlbetrag wie für das dritte Vierteljahr ein, so wäre das Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1931 um reichlich 6 Milliarden Mark niedriger als im Vorjahr zu veranschlagen. Damit wäre das Arbeitseinkommen seit seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um etwa 9 bis 10 Milliarden oder ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 Milliarden auf rund 33 bis 34 Milliarden Mark.“ Das Einkommen der Industriearbeiter, die am stärksten der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausgesetzt sind, beträgt nur noch etwa 60 v. H. seines Umfangs im Jahre 1929.

Zu treten noch die Lohnsenkungen, die die Notverordnung verfügt hat. Nach einer Berechnung des Konjunkturforschungsinstituts tritt eine Senkung der Tariflöhne bei den einzelnen Gewerben in den Grenzen zwischen 8,4 bis 15 v. H. ein. Der Tariflohn der Facharbeiter im Baugewerbe wird um 8,4 v. H., also den niedrigsten Satz, gesenkt, während die Lohnminderung in der chemischen Industrie, im Braugewerbe und in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie 15 v. H. betragen wird. In den meisten Industriezweigen halten sich die Lohnsenkungen, die die Notverordnung erfordert, zwischen 10 und 14 v. H. Die gesamte Herabsetzung der Tariflöhne seit dem Höhepunkt der Löhne im Jahre 1930 bewegt sich Anfang Januar 1932 zwischen 16

und 21 v. H. Das ist lediglich der Rückgang der Tariflöhne. Dazu tritt der Abbau der über tariflichen Bezahlung und die Einkommensverminderung, die durch Beschränkung der Arbeitszeit eingetreten ist. Im Durchschnitt kann man feststellen, daß der Lohn der Industriearbeiter um 25 bis 33 v. H. seit dem Höchststande 1929/30 gesunken ist. Hinzu kommt weiter die Belastung durch neu eingeführte Steuern und die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung. Es fragt sich nun, in welchem Umfange die Verminderung des Einkommens und die Verlagerung der Kaufkraft durch die Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ausgeglichen worden ist. Das Konjunkturforschungsinstitut schreibt in dem Vierteljahreshaft hierüber: „Wenn wir uns dabei an die amtliche Indeziffer der Lebenshaltungskosten halten, so zeigt sich, daß die Gesamtausgaben, für das dritte Vierteljahr gerechnet, seit 1929 bis 1931 Mitte Dezember um etwa 12 v. H. gesunken sind. Wenn man demgegenüber für eine ganz hohe Rechnung den Rückgang des Arbeitseinkommens, der in der gleichen Zeit eingetreten ist, mit 25 v. H. einsetzt, so zeigt sich bereits, daß die Preissenkung den Einkommensverlust bei weitem nicht ausgeglichen hat, daß also dem Konsumgütermarkt von dieser Seite her außerordentlich empfindliche Kaufkraftausfälle entfallen sind. Auf einzelnen Märkten sind diese Ausfälle in Wirklichkeit wegen der umfangreichen Einkommensübertragungen, die in dem prozentualen Rückgang des Einkommens nicht zum Ausdruck kommen, noch viel größer.“

Das ist also die Verschlechterung der Lebenshaltung, wie sie sich Mitte Dezember 1931 zeigt. Nun kommt noch der große Lohnabzug an der Jahreswende hinzu. Wir befürchten, daß die angeführten Preis- und Miettenkungen den erneuten Einkommensausfall nur zum Teil ausgleichen. Das bisher eingetretene Manko wird also nicht nur nicht ausgeglichen, sondern noch vergrößert. Neben den bedauernden Opfern der Krise, den Arbeitslosen, werden zahlreiche Lohnempfänger das Existenzminimum nicht mehr erreichen. Wie ist es da mit der „schicksalhaften Verbundenheit von Preisen und Löhnen“, wie der Reichskanzler es so schön formuliert hat?

Herunter mit den Löhnen!

Das ist das Feldgeschrei aller „Gunsituierten“.

Das Konjunkturforschungsinstitut, dem man ja von jener Seite die Objektivität nicht absprechen kann, hat festgestellt,

„daß das Arbeitseinkommen allein seit 1929 um ein Fünftel bis ein Viertel gesunken ist“.

Das Institut versucht alle Faktoren, die zum Rückgang des Arbeitseinkommens geführt haben, zahlenmäßig zu einer Schätzung zusammenzufassen und kommt zu dem Ergebnis, daß das gesamte Arbeitseinkommen, also das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen, im dritten Vierteljahr 1931 um etwa 1,75 Milliarden Mark geringer war als im dritten Vierteljahr 1930. Für diese 1,75 Milliarden Mark kann die deutsche Wirtschaft weniger produzieren als im Vorjahr. Hinsichtlich des ersten Halbjahres 1931 ergibt die gleiche Rechnung einen Rückgang von annähernd 3 Milliarden Mark. Die Entwicklung im vierten Vierteljahr ist noch nicht ganz zu übersehen. Setze man aber hierfür den gleichen Betrag wie für das dritte Vierteljahr ein, so wäre

das „Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1931 um reichlich 6 Milliarden Mark niedriger als im Vorjahr zu veranschlagen“.

Damit wäre das Arbeitseinkommen seit seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um etwa 9 bis 10 Milliarden Mark oder ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 Milliarden auf rund 33 bis 34 Milliarden Mark.

Das Volkseinkommen war im ganzen für das Jahr 1929 auf 76 Milliarden Mark geschätzt worden. Für das Jahr 1930 kann man immerhin aber noch mit einem Volkseinkommen von 68 bis 70 Milliarden Mark rechnen. Das Volkseinkommen des Jahres 1931 wird man dagegen nur mit einem Betrag veranschlagen dürfen, der zwischen 50 und 60 Milliarden liegt.

Das beste Mittel, unser Volkseinkommen ganz verschwinden zu lassen, ist, den Lohn ganz abzubauen. Auf dem Wege dazu sind wir. Wenn dieses Ziel unserer „Wirtschaftsführer“ erreicht ist, dann können sie die Waren bei niedrigsten Preisen einpalzen. Oder was sonst?

Sind die Gewerkschaften politische Vereinigungen?

Im achten Teil der Notverordnung werden die Maßnahmen bekanntgegeben, die zum „Schutz des inneren Friedens“ getroffen sind. Dort heißt es: „Bei dem Überhandnehmen der politischen Verhetzung und der damit verbundenen Auswirkungen kann es nicht mehr geduldet werden, daß Privatpersonen Uniformen oder Abzeichen tragen, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Vereinigung kennzeichnen und dadurch häufig zu Zusammenstößen und gewalttätigen Auseinandersetzungen herausfordern.“ In dieser Umschreibung der Organisationen, für die das Verbot des Tragens von Uniformen und Abzeichen gilt, ist nur von politischen Vereinigungen die Rede. Nach dem „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 583 kann als Grundlage für das Uniformverbot die Liste der politischen Vereinigungen gelten, die im Reichswehrministerium hergestellt und dem Reichsinnenminister zugeleitet ist. Als politische Vereinigungen sind danach anzuzählen sämtliche Organisationen der politischen Parteien, sowohl die Zentralverbände als auch die Landes- und Ortsgruppen, alle Gewerkschaften, ferner der Reichsverband Vaterländischer

Arbeiter- und Werkvereine, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Werksgemeinschaft Augsburg, der Deutsche Republikanische Reichsbund, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Arbeiter-Flugsportverband „Sturmvogel“, Flugverband der Werk-tätigen, Zentralkommission für Arbeiterport- und Körperpflege und die ihr angeschlossenen Verbände, Stahlhelm, Werwolf usw.

Uns interessiert es in diesem Zusammenhang, daß die Abzeichen sämtlicher Gewerkschaften ebenfalls verboten sind. Die Gewerkschaften werden also als politische Vereinigungen betrachtet. Wenn die Liste der politischen Vereinigungen, für die die Notverordnung gelten soll, derart aufgestellt ist, dann können wir uns nur vorstellen, daß ein weltfremder Mensch diese Aufstellung vorgenommen hat. Die Gewerkschaften sind keine politische Vereinigungen. Man hat sich in der reaktionären Kaiserzeit bemüht, sie für politisch zu erklären, gelangt ist dies nicht. Und jetzt soll das so einfach über das Reichswehrministerium gehen?

Köln 350, Düsseldorf 248.

Wer macht's nach?

Die vom Vorstand eingeleitete Werbeaktion für Oktober und November 1931 hat trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit und Wirtschaftselend teilweise überraschend gute Ergebnisse gezeitigt. Einen Beweis dafür, wie dort, wo Zahlstellenleitung und Funktionäre gemeinsam an die Arbeit gehen, Erfolge erzielt werden können, zeigen die Zahlstellen Köln und Düsseldorf. Köln hat in der Werbearbeit 350 Neuaufnahmen, Düsseldorf bringt 248 neue Mitglieder für den Verband. Ein Bravo den Werbemännern in Köln und besonders in Düsseldorf! Die Arbeitslosigkeit ist in beiden Zahlstellen mindestens im Verhältnis zum übrigen Deutschland gleich, so daß günstigere Voraussetzungen für erfolgreiche Werbung nicht gegeben waren. Das Ergebnis zeigt, daß die Kollegen durch ihre freudige, aufopfernde Arbeit die Widerstände der Gewerkschaftsgegner erfolgreich überwunden haben. Hoffentlich ist es einer großen Reihe unserer Zahlstellen möglich, ähnliche Erfolge dem Vorstand mitzuteilen.

Die Lage der Arbeiterbank.

Die Gegner der Gewerkschaften aller Schattierungen bemühen sich seit Monaten, nachdem sie gesehen haben, daß der unmittelbare Kampf gegen die Gewerkschaften den erwarteten vollen Erfolg nicht erbrachte, uns Abbruch zu tun, indem sie das Vertrauen in das Geldinstitut unserer Bewegung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.B., zu erschüttern suchen. Mit allen möglichen Mitteln versucht man Stimmung gegen die Bank zu machen. In einem Teil der Presse werden in geringen Zeiteinheiten Behauptungen über die Verhältnisse und den Stand unserer Arbeiterbank verbreitet, deren Charakter und Inhalt eine auffallend weitgehende Verwandtschaft aufweist, obwohl sich die Pressefront, der wir uns gegenübersehen, aus ebenso weitgehend verschiedenen Elementen zusammensetzt: Es gehören zu ihr Blätter vom Kaliber der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, aber auch Zeitungen, die die Vertretung von Arbeiterinteressen als ihre Aufgabe bezeichnen. Bis hier ist alles an dem gesunden Sinn der Gewerkschaftskollegen gescheitert, denn ihnen steht zu klar noch der Beweis der Solidität vor Augen, den das Institut in den Tagen der Bankenkrise im Juli 1931 weithin sichtbar erbracht hat. Sie sind sich noch bewußt, daß die Arbeiterbank als eine seitene Ausnahme imstande war, allen Anforderungen ihrer Einleger unbegrenzt zu entsprechen, daß sie nicht gezwungen war, zu den sonst in der Bankwelt allgemein angewandten Mitteln der Rationierung der Auszahlungen zu greifen.

Wir hätten deshalb auch keine Veranlassung, uns eingehender mit der Arbeiterbank und ihrer Lage zu befassen, da wir ja eigentlich nur das, was in dem Bewußtsein jedes einzelnen unserer Mitglieder schon so feststeht, wiederholen könnten. Die Tatsache jedoch, daß sich neuerdings die „Sozialistische Wochenzeitung“ der S.W.D. Deutschlands (Nr. 17 vom 23. Dezember) mit einem Artikel unter der Überschrift „Die Arbeiterbank gefährdet“ jener oben gekennzeichneten Pressefront zugesellt hat, hat uns die Anregung gegeben, einige genauere Mitteilungen zu machen.

Wenn die „Sozialistische Wochenzeitung“ behauptet, da der Leiter der Arbeiterbank, Sachem, den Standpunkt vertreten habe und vertritt, daß die Einlagen des Instituts nicht jeft genug angelegt werden könnten, so stellt das Blatt den tatsächlichen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Im Gegenteil hat die Direktion der Arbeiterbank immer das allergrößte Gewicht darauf gelegt, die dem Bankinstitut zur Verfügung stehenden Mittel so zu verwenden, daß eine möglichst große Liquidität gewährleistet war. Schon der Vergleich der wiederholten öffentlichen Darlegungen des Leiters der Arbeiterbank, Sachem, in der Zeitschrift „Die Arbeit“ 1928, Heft 8, ist geeignet, die Unrichtigkeit der Behauptungen darzutun. Gerade aber auch die schon einangs erwähnte Tatsache, daß es der Arbeiterbank in den Krisentagen des Juli 1931 möglich war, allen Ansprüchen ihrer Einleger gerecht zu werden, beweist, daß die Leitung der Arbeiterbank den Grundjah der Liquidität nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis verwirklicht hat.

Uns liegt die seitens der Arbeiterbank der Reichsbank eingereichte Zwischenbilanz per 30. November 1931 vor. Darans ergibt sich, daß der Gesamteinlagenbestand des Instituts an diesem Tage 139 333 000 RM. betrug. Demgegenüber waren an flüssigen Mitteln vorhanden:

- rund 700 000 RM. Kasse,
- rund 600 000 RM. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, also vor allen Dingen bei der Reichsbank,
- rund 2 1/2 Millionen RM. Wechsel und unverzinstliche Schatzanweisungen,
- rund 40 1/2 Millionen RM. Guthaben bei Banken und Bankfirmen,
- rund 13 1/2 Millionen RM. eigene Wertpapiere

Die Betrachtung dieser Zahlen wird jedem auch nur einigermaßen Sachverständigen den schlagenden Beweis erbringen, daß hier mit einer Rücksicht auf die Liquidität vorgegangen worden ist, wie sie in größerem Ausmaß wohl nirgendwo vorhanden sein dürfte.

Mit der Angabe, insbesondere der letzterwähnten Zahl, ist auch schon die Legende vernichtet, die die „Sozialistische Wochenzeitung“ aufzubringen versucht, indem sie behauptet, Sachem habe die Depozitengelder vor allen Dingen in Pfandbriefen festgelegt. An eigenen Wertpapieren besitzt die Bank insgesamt knapp 9 v. H. ihrer Bilanzsumme, die rund 157 Millionen Reichsmark beträgt; davon wieder - von jener 9 v. H. - machen Pfandbriefe und sonstige festverzinstliche Wertpapiere etwa 1/2 bis 2/3, also im Höchstfalle 6 v. H. aus.

Alle Kombinationen des Blattes nach dieser Richtung hin fallen also in sich selbst zusammen. Auch die Behauptung der Beteiligung an einer ganzen Reihe von Unternehmungen ist ohne

weiteres aus den Zahlen der erwähnten Zwischenbilanz zu widerlegen. Beteiligungen figurieren dort mit 4 1/2 Millionen Reichsmark, also mit knapp 3 v. H. der Bilanzsumme.

Infolge ihres guten und in sich gefestigten Standes hat es die Arbeiterbank im Gegensatz zu mancher anderen Bank auch in diesen krisenhaften Zeiten nicht nötig gehabt, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Dies bezieht sich eben auf Institute des Reiches und der Länder wie auch auf private Institute. Insbesondere ist es völlig aus den Fingern gesogen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Garantie- und Akzeptbank bestände. Eine solche Verbindung besteht auch nicht seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle. Und ebensowenig hat die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfeleistungen von der Reichsbank in Anspruch genommen.

Kann man somit ohne weiteres feststellen, daß die Gesamtsituation der Arbeiterbank durchaus solide und in sich vollkommen gefestigt ist, so ergibt sich daraus zugleich die Unmöglichkeit der Behauptung, innerhalb des Aufsichtsrats der Arbeiterbank sei eine Diskussion über das Verschulden an der gegenwärtigen Situation des Instituts im Gange. Wir können ausdrücklich feststellen, daß der Aufsichtsrat keinerlei Veranlassung hatte, sich mit dieser Frage oder ähnlichen Fragen irgendwie zu befassen, und daß insbesondere der Kollege Oswald Schumann, dessen Stellungnahme in der „Sozialistischen Wochenzeitung“ besonders erwähnt wird, im völligen Einvernehmen mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Direktion die Geschäftspolitik der Arbeiterbank billigt und in der

Beurteilung ihrer Lage mit den leitenden Organen der Bank reiflos übereinstimmt.

Völlig den Tatsachen widersprechend sind auch die Ausführungen der „Sozialistischen Wochenzeitung“ über die Geschäftsbeziehung zwischen der Arbeiterbank und der Bankfirma Vest, Simon & Co. über diese Verbindung und ihre Ausdehnung besteht und bestand innerhalb der gesamten Verwaltung, Aufsichtsrat und Direktion niemals die leiseste Meinungsverschiedenheit. Im übrigen spielt diese Verbindung innerhalb des Gesamtrahmens der Arbeiterbank eine außerordentlich geringe Rolle, wie sich allein schon daraus ergibt, daß die Guthaben der Arbeiterbank bei diesem Bankhaus noch nicht 0,015 v. H. der Guthaben bei Banken überhaupt ausmacht.

Sollt man sich alles das vor Augen, so wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß die von der Wochenzeitung aufgestellten Behauptungen insgesamt wie in allen Einzelheiten jeglicher Begründung entbehren. Was man mit der Miene des Wissenden der Öffentlichkeit übergibt, erweist sich Stück um Stück als Legende. Und welches immer die Motive gewesen sein mögen, die das Blatt leiteten, als es seinen Artikel über die Arbeiterbank veröffentlichte — die Wirkung war die Gefährdung des Ansehens wie des materiellen Kredits des Geldinstituts der Arbeiterbewegung. Es fällt diesem Tatbestande gegenüber schwer, den Gedanken an einen böswilligen Versuch der Herabsetzung des Finanzinstituts der Gewerkschaften von sich zu weisen. Aber der Vorwurf eines äußerst leichtfertigen Umganges mit den Mitteln und der Verantwortung der Presse muß gegen die Wochenzeitung erhoben werden — und das in einem Falle, in dem schwerwiegende Interessen der deutschen Arbeiterbewegung in Frage kommen.

Papier-Industrie

Der Preisabbau eilt!

Bekanntlich sieht die vierte Notverordnung gleichzeitig einen Abbau der Löhne und der Preise vor, weil — um mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald zu reden — „der Reallohn der Arbeiterschaft nicht geschwächt werden soll“.

Mit dem Reallohn in der Papiererzeugungsindustrie war bisher kein Staat zu machen, sah doch schon der Tariflohn recht mies aus. Dazu einige Beispiele aus den amtlichen Lohnermittlungen:

Industrie	Durchschnittliche Tariflöhne am 1. Oktober 1931		
	Facharbeiter in Pfennigen	Ungeleitete Arbeiter	Arbeiterinnen
Papierherstellung	87,7	68,6	46,4
Papierverarbeitung	108,2	80,8	50,8—62,5
Buchdruckereien	110,3	96,7	60,4
Sämtliche Industriezweige	96,7	75,5	50,7—60,4

Unter Facharbeitern sind in der Papiererzeugungsindustrie die Papiermaschinenführer als die qualifiziertesten Arbeiter und die Handwerker zu verstehen.

Wir haben uns darauf beschränkt, die Löhne der Papierindustrie und als Gegenüberstellung die Durchschnittslöhne der gesamten deutschen Industrie wiederzugeben. Und das Ergebnis: Die Löhne in der Papiererzeugungsindustrie stehen nicht nur ganz erheblich unter den Löhnen der übrigen Fachgruppen der Papierindustrie, sondern auch noch unter dem Durchschnitt der deutschen Industriearbeiterlöhne überhaupt. Ein beschämendes Zeugnis für die Papiererzeugungsindustriellen, die von ihrer Arbeiterschaft das gleiche Ausmaß an Intelligenz und die gleich ähnliche Arbeitsleistung wie in der übrigen Papierindustrie verlangen, und die im Vergleich mit der Papierverarbeitungsindustrie ihren Arbeitern zumuten, für niedrigeren Lohn oftmals die gleichen Maschinen zu bedienen.

Trotzdem die Papiererzeugungsarbeiterlöhne unterdurchschnittlich in jeder Beziehung sind, wurden diese laut Notverordnung vom 1. Januar 1932 an ebenfalls um 10 bis 15 Prozent weiter abgebaut.

Das berechtigt diese Arbeiterschaft in erhöhtem Maße zu der Forderung auf einen beträchtlichen Preisabbau aller für den Arbeiterhaushalt unentbehrlichen Lebensmittel und Haushaltsgegenstände, einschließlich der Bekleidungsartikel.

Speziell auf dem Lebensmittelmarkt hat die lohnabbaufreundige Reichsregierung und ihr ernannter Preisabbau-diktator ein dankbares Feld der Verbilligungsaktion. Daß in Deutschland unter dem Schutze einer Hochzollgesetzgebung der Brotwucher in vollster Blüte steht, dazu einige Beispiele:

Nach den amtlichen Ermittlungen standen die Terminpreise am 17. Oktober 1931 für Weizen in Berlin für die Tonne auf 232 Mk., in Chicago auf 78 Mk. und in Liverpool auf 87 Mk. Das heißt also, daß die deutsche Arbeiterschaft Weizen und die daraus gewonnenen Produkte um 167 Prozent höher bezahlt als die englische und um 200 Prozent höher als die amerikanische Arbeiterklasse.

Ähnlich lag es mit dem Roggen. In Berlin ein Preis von 187 Mk. und in Chicago von nur 64 Mk., oder in Deutschland eine Verteuerung um ebenfalls 200 Prozent.

Daß der Zucker in Deutschland mit 42,30 Mk., dagegen in London nur mit 14,30 Mk. für 100 Kilo gehandelt wurde und demzufolge um rund 200 Prozent höher ist als in England, ist für Deutschland eine agrarische Selbstverständlichkeit.

Und warum soll denn Fleischwucher in Deutschland nicht ebenso blühen? Im September kosteten 100 Kilo Schweinefleisch in Chicago 96,76 Mk., dagegen in Berlin 146,40 Mk. oder in Deutschland 51 Prozent mehr als in Amerika.

Wie der Preiswucher in Deutschland zustande kommt, auch dafür ein Beispiel. Vor einiger Zeit wurden die Preise für Hammelfleisch in einem Teil der Tageszeitungen hervorgehoben. An den Berliner Preisen gemessen, ergibt sich folgende Preisgestaltung:

Art der Preise	Preis	Erhöhung in Prozent über:	
		Stallpreise	vorhergehende Preise
Stallpreise	13—34	—	—
Marktpreise	16—42	17,7—	18,5
Großmarktpreise	48—76	124,0—	270,0 81—200
Ladenpreise	80—120	221,0—	515,0 58—66

Wahrscheinlich liegen die Zwischenhandelsgewinne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bei den übrigen Fleischsorten nicht niedriger, dagegen wahrscheinlich bei Wurstwaren noch höher.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wo mit Erfolg bei der Preisgestaltung wichtiger Lebensmittel durch Regierung und Preisabbaukommissar eingehakt werden kann. Ob allerdings dabei der landwirtschaftliche Hochschußzoll, der den Preiswucher erst ermöglicht, aufrechterhalten werden kann, dieses Rätsel zwischen Preisabbauwillen und Preissteigerungsmaßnahmen auf dem Zollgebiete mag die Reichsregierung lösen. Wir befürchten allerdings, daß die starke Lohnabbaueregierung auf diesem Gebiete versagt.

Ein Vierteljahr hat die Regierung Brüning-Stegerwald durch die Notverordnung Zeit, ihre Experimente auszuprobieren. Versagt ihre wirtschaftliche Regierungskunst, was dann?

Hat die Reichsregierung dann den Mut, durch eine neue Notverordnung die abgebauten Löhne und Gehälter wieder um 10 bis 15 Prozent heraufzusetzen?

Oder soll durch eine neue Notverordnung dann der Lohnabbau weiter fortgesetzt werden? Einige — vielleicht sogar ernstzunehmende — Spasmodiker behaupten sogar, daß die Lohnabbauerelemente der Reichsregierung mit Hilfe der Arbeitgeberverbandsyndizi bereits die Papiermarktlöhne des Inflationsjahres 1923 in Gold umrechnen, weil diese die einzigen tragbaren Löhne für die deutsche Wirtschaft seien!

Auf jeden Fall wird die Arbeiterklasse gut tun, durch Stärkung ihrer Gewerkschaftsorganisationen die Abwehrfront zu schaffen gegen weiteren Lohnabbau und für neue Lohn-erhöhungen, ganz gleich, wie die vierte Notverordnung bei ihrem Ablauf sich ausgewirkt hat. G. Stähler.

Pfändung des Lohnes wegen bezogener Wohlfahrtsunterstützung.

Es herrscht bei den Empfängern von Wohlfahrtsunterstützungen recht häufig Unklarheit über die Rückerstattung und die Beitreibungsmöglichkeiten der vom Wohlfahrtsamt bezogenen Unterstüzungen.

Nach § 25 der Verordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (RGBl. I S. 100) in der Fassung des Gesetzes vom 8. Juni 1926 (RGBl. I S. 255) ist der Unterstüzte verpflichtet, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersetzen.

Soweit und solange der Unterstüzte kein hinreichendes Vermögen oder Einkommen hat, ist er berechtigt, den Ersatz der Kosten zu verweigern.

Der Unterstüzte kann den Ersatz von Kosten ferner verweigern, die durch Behandlung seiner ansteckenden Geschlechtskrankheit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 (RGBl. I S. 61) und durch Behandlung wegen tuberkulöser Erkrankung entstanden sind, soweit und solange es unbillig ist, Ersatz zu verlangen.

Nicht zu ersetzen sind von dem Unterstüzten die Kosten der Wochenfürsorge, der Erwerbsbefähigung Blinden, Taubstummer und von Krüppeln sowie der Fürsorgeleistungen, die dem Unterstüzten vor Vollendung seines 18. Lebensjahres gewährt worden sind.

Hat der Unterstüzte unterhaltspflichtige Angehörige (§ 160 ff. BGB.), dann können die Ersatzansprüche, die der Fürsorgeverband (Wohlfahrtsamt) an den Unterstüzten hat, gegen die Unterhaltspflichtigen (Verwandte in gerader Linie) geltend gemacht werden.

Durch schriftliche Anzeige der Ersatzansprüche des Fürsorgeverbandes bei den Unterhaltspflichtigen bewirkt der Fürsorgeverband nämlich, daß die Unterhaltsansprüche, die der Unterstüzte an den Unterhaltspflichtigen hat, auf den Fürsorgeverband übergehen.

Was nun die Beitreibung der Ersatzansprüche des Fürsorgeverbandes anlangt, so ist hierfür der ordentliche Rechtsweg oder, wenn die einzelnen Länder nähere Bestimmungen erlassen, der Verwaltungsweg zulässig. Die Länder können die Ersatzpflicht nicht ausschließen, sondern nur darüber befinden, inwieweit, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen sie bestehen soll.

Es ist besonders zu beachten, daß die im § 4 Z. 3 des Lohnbeschlagnahmegesetzes vorgesehenen Pfändungsvorrechte für Unterhaltsansprüche auch auf die von den Fürsorgeverbänden geltend gemachten Unterhaltsansprüche für einen Unterstüzten wirksamkeit haben.

Der § 4 Z. 3 des Lohnbeschlagnahmegesetzes schließt den Pfändungsschutz dieses Gesetzes nämlich aus, wenn es sich unter anderem um die Beitreibung der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach der Klageerhebung und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende letzte Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge handelt. Es kann also eine Radikalpfändung des Lohnes erfolgen.

Kapitalistische Zivilisation.

Wenn je die Zivilisation über sich erröten und das Bedürfnis nach einem anderen Zustande empfinden muß, so heute, wo all ihre Illusionen zerstört sind; wo ihre Freiheit als der Weg zur Anarchie erkannt ist, ihre Zerwürfnisse zum Despotismus führen und ihre Handelsmaximen den Wucher, den Befrag, den Bankrott begünstigen, die Nationen schließlich unter das Joch des Monopols beugen und zur Dürftigkeit und Verarmung der Massen führen. Aus Fouriers Schriften.

Hier von machen die Fürsorgeverbände jedoch keinen Gebrauch, denn sonst würde der Betreffende ja sofort wieder hilfsbedürftig. Das Kammergericht hat in seinem Urteil vom 15. Mai 1928 (11. U. 650/28) entschieden, daß die von einem Fürsorgeverband auf Grund gesetzlicher Verpflichtung gewährten Unterstüzungen nicht als Geschenke angesehen werden können, und daß es auch unter dem Rechte der Fürsorgeverordnung dem Begriffe und Wesen der öffentlichen Unterstüzung entspreche, daß der Unterstüzte verpflichtet sei, die für ihn gemachten Aufwendungen zu erstatten, wenn er dazu in der Lage sei. Es müsse ihm jedoch so viel belassen werden, daß er nicht sofort wieder hilfsbedürftig werde; auch dürfe seine eigene Not oder diejenige seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht verschärft oder zu einer dauernden werden.

Es wird also trotz der Möglichkeit zur Radikalpfändung des Lohnes von Fall zu Fall entschieden und dem Ersatzpflichtigen das zum Leben Notwendige belassen.

Die verschiedenen Orte in den einzelnen Ländern haben übrigens besondere Sätze festgesetzt, die für den Lebensunterhalt als ausreichend angesehen werden. Alles, was darüber hinaus verdient wird, unterliegt dann der Pfändung.

Die Sätze sind so verschieden, daß sie hier nicht angegeben werden können. Jos. Milewczek, Hannover.

Der kommunistische Gewerkschaftslehrling.

Die Aufgabe der KPD. besteht bekanntlich darin, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen im Kampf gegen die Gewerkschaften. Zu diesem Zweck gibt die KPD. auch eine Zeitung mit dem Namen „Der Fabrikarbeiter“ heraus. Nun soll der arme Teufel von Redaktoren auch etwas tun in der Frage des Lohnabbaues, er weiß aber nicht recht, was er machen soll, und so macht er Unsin. Er weiß allerdings, daß die Universalmedizin der KPD. und damit auch der KPD. der Streik ist. Also muß das Wort Streik im Schlüsselfreim eines jeden Artikels immer wiederkehren. Wenn das auch offenkundig Unsin ist, egal, der Zweck heiligt den Unsin.

Daß sich die Redaktion von Seite zu Seite immer wieder in Widersprüche verwickelt, was schadel's. Die Redaktion sagt sich: die Mitglieder der KPD. und die Leser des „Fabrikarbeiters“ sind ja zu dumm, um diese Widersprüche zu merken. Wären sie nicht so dumm, so kämen sie ja nicht zur KPD.

Da erzählt nun die Redaktion des kommunistischen „Fabrikarbeiters“ in jeder Nummer und auf jeder Seite des Stalles von Entlassungen der Betriebe, von Anträgen auf Stilllegungen. Hier sind 300 Arbeiter, dort 700 entlassen worden, anderwärts droht die Entlassung von Tausenden usw. Und welche Schlußfolgerungen zieht die Redaktion der KPD.-Zeitung aus diesen fürchterlichen Tatsachen? Streik, Streik, Streik! Wenn schon wegen Anfragsmangels Arbeiter entlassen werden, dann soll alles auf die Straße. Ist denn das der Standpunkt eines geistig normalen Menschen?

Wenn Entlassungen geplant sind, dann versucht man doch zunächst eine andere Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen und nicht sofort den Streik zu empfehlen. Wer in der

heutigen Situation die Arbeiter in den Streik treibt, der vertritt nicht Arbeiterinteressen. Gewiß gibt es Unternehmern genug, die in Ausnützung der trostlosen Lage der Arbeiterschaft rücksichtslos vorgehen. Wenn ich aber in schwerer Krisenzeit den Streik anrate, dann muß ich von der Bös-willigkeit des Unternehmers überzeugt sein, und ich muß außerdem mit ziemlicher Sicherheit auf einen Erfolg rechnen können. Das Schema der KPD. ist zu primitiv.

Der kommunistische „Fabrikarbeiter“ redet von Empörung der Arbeiter. Diese Unschuld. Erstens ist es kein Wunder, daß die Arbeiterschaft über die wiederholten Lohnabzüge empört ist. Und zweitens ist es nicht schwer, die Arbeiterschaft in noch größere Empörung hineinzureden und sie zu unüberlegten Taten hinzureißen. Aber so lautet die Frage nicht, ob die Arbeiterschaft Grund zur Empörung hat, sondern ob ein „Führer“ es verantworten kann, empörte Arbeiter zu Taten zu reizen, deren Folgen sich für die Arbeiterschaft bitterböse ansprechen. Und der sogenannte „Führer“? Entweder er schlägt sich seitwärts in die Büsche oder er ist erbärmlich genug, anderen Leuten die Schuld zuzuschreiben für seine lumpigen Streiche. Diese Sitten sind allgemein üblich bei den Führern der KPD. und der KPD. Deshalb ist auch die KPD. ein arbeiterschädliches Gebilde.

Die KPD. will nicht Kämpfe führen, um für die Arbeiterschaft Erfolge herauszuholen, sondern sie muß im Auftrage der KPD. Kämpfe einleiten, um das Sowjetdeutschland zu erreichen. Damit würde die russische Sklaverei in Deutschland beginnen.

Verschiedene Industrien

Spruchpraxis der Fachauschüsse in Südtüringen.

II.

In Nr. I der Abhandlung wurden die Aufgaben der Fachauschüsse nach § 20 des HVO. aufgezählt und in Verbindung damit drei Beschlüsse der Südtüringer Fachauschüsse gezeigt. Sind diese Beschlüsse etwa unter Druck der Errichtungsbehörde, des Thüringischen Wirtschaftsministeriums, zustande gekommen? Sehen wir zu.

Am 13. Oktober 1930 hat der Fachauschuß auf unseren Antrag für die Glasindustrie in Thüringen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die im Tarifvertrag für 1930 für Glas-Christbaum schmuck festgesetzten Stückentgelte werden als Mindestentgelte für die Zeit vom 16. Dezember 1930 bis 15. Dezember 1931 festgesetzt.“

Bis 15. April 1931 kann von diesen Mindestentgelten ein fünfprozentiger Abzug durch die Verleger vorgenommen werden. Nach dem 15. April 1931 ist jeder Abzug ausgeschlossen. Für Muster gibt es überhaupt keinen Abzug. Dr. Wenker.“

Unserem Antrag wurde also stattgegeben. Allerdings wurde dieser Beschluß nur mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, so daß die Errichtungsbehörde die Bestätigung aussprechen mußte. Den Antrag zur Bestätigung des Beschlusses hatten wir gestellt. Die Unternehmer widersprachen. Das Thüringische Wirtschaftsministerium hat darauf den Beschluß an den Fachauschuß zur nochmaligen Verhandlung wie folgt zurückverwiesen:

„Die Sache wird auf Grund von § 34 Absatz 4 des HVO. an den Fachauschuß zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen.“

Gleichzeitig wird der Fachauschuß ersucht, gemäß § 20 Absatz 1 Ziffer 1 des HVO. die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes zu ermitteln, zu begutachten und evtl. weitere Maßnahmen zu ergreifen.“ In der Begründung heißt es:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob das von dem Fachauschuß im vorliegenden Fall angewandte Verfahren den Bestimmungen des HVO. (§ 20, 26, 28, 32) entspricht und die Voraussetzungen für die Durchführung einer Mindestentgeltfestsetzung restlos erfüllt sind. Im Hinblick auf die gegenüber dem Jahre 1929 und im Vergleich zu früheren Jahren stark veränderte Wirtschaftslage werden aber Erörterungen nach der tatsächlichen Seite hin für notwendig gehalten. Da aus den Akten des Fachauschusses nicht hervorgeht, ob und wie weit Feststellungen im Sinne des § 20 des HVO. getroffen sind, hat vorerst eine Klärung hierüber nicht zu erfolgen.“ In Vertretung: Gerlach.“

Der Zurückverweibungsbeschluß des Thüringischen Wirtschaftsministeriums verweist auch auf die seit 1929 veränderte Wirtschaftslage und hält deshalb Erörterungen nach dieser Seite hin für notwendig. Man sollte doch annehmen, daß auch das Thüringische Wirtschaftsministerium festgestellt hätte, daß die seit 1929 veränderte Wirtschaftslage sich in der Hauptsache zuungunsten der Arbeiter ausgewirkt hat, in diesem Falle zuungunsten der Heimarbeiter. Aber höchstwahrscheinlich ist man in den Regierungskreisen in Weimar anderer Meinung; denn sonst wäre ein solcher Beschluß kaum denkbar.

Der Zurückverweibungsbeschluß erfolgte am 15. November 1930. Da herrschte in Weimar der Geist des Mannes, der das Wort von der „Nacht der langen Messer“ geprägt hat. Das ist Herr Dr. Frick, der bei seiner Machtergreifung im Dritten Reich 10 000 Arbeiter zu Schaden kommen lassen will. Sein Geist hat also schon bei seiner Regierungszeit Tausende von Heimarbeiterfamilien der grenzenlosen Ausbeutung ausgeliefert und sie so zu Schaden gebracht und zum Hungern gezwungen! Der Geist Fricks wirkt scheinbar auch in den letzten Wochen noch in Weimar.

Im Oktober kam uns zur Kenntnis, daß das Ministerium in Weimar dem Fachauschuß der Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie Sonneberg mitgeteilt hat, daß wegen der angebliehen unburchsichtigen Wirtschaftslage jetzt keinerlei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen und Entgelten vorgenommen werden könnten. Daraufhin haben wir uns in einem Schreiben vom 22. Oktober beschwert und dabei zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Nachricht aus Sonneberg richtig sei, wir wohl nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß das Thüringische Wirtschaftsministerium zum mindesten das Opfer einer unrichtigen Berichterstattung geworden sein müsse; denn sonst hätte eine derartige Anweisung an die Fachauschüsse nicht ergehen können. Wir verlangten, daß die Fachauschüsse schnellstens angewiesen werden, im Sinne des Gesetzes ihre Aufgaben auch jetzt durchzuführen, daß insbesondere die thüringischen Gewerbeaufsichten angewiesen werden, die Tarifführung in der Hausindustrie zu überwachen und Hilfsdienste bei der Durchführung zu leisten.

Wir können nicht zusehen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Wirtschaftsnot die in der Heimindustrie beschäftigten Personen, die sowieso schon weit unter normalen Verhältnissen ihr Dasein fristen müssen, grenzenlos ausgebeutet werden, und verlangen deshalb auch, unserem Antrage vom 6. Mai (Einführung von Lohnbüchern, Offenlegung der Löhne) sofort stattzugeben.

Daraufhin ist vom Thüringischen Wirtschaftsministerium am 5. Dezember 1931 folgendes Schreiben eingegangen:

„Auf Ihre Anfrage über unsere Stellungnahme zu der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen durch den Fachauschuß für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie, Sie Sonneberg, erwidern wir, daß die von Ihnen vermutete Anweisung an den Fachauschuß nicht erfolgt ist. Dem Fachauschuß ist nur geschrieben worden, daß wir wegen der unübersichtlichen wirtschaftlichen Lage die endgültige Festsetzung von Löhnen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für richtig halten, und dieses ist auch Ihrer Johiselle in Sonneberg auf deren Anfrage zur Klarstellung der Angelegenheit mitgeteilt worden.“

Das für den Bezirk zuständige Gewerbeaufsichtsamt Meinungen hat schon bisher die Tätigkeit des Fachauschusses in jeder Weise unterstüßt. J. A. Schmidburgk.“

Das Thüringische Wirtschaftsministerium will nicht Anweisung gegeben, sondern nur eine Mitteilung gemacht haben.

Als wenn die unteren Behörden solche Schreiben nicht als Anweisung betrachten und danach handeln. Und daß die Fachauschüsse in Südtüringen nach dem Schreiben der Regierung vom 5. Dezember gehandelt haben, geht aus den Beschlüssen, die in Nr. I der Abhandlung wiedergegeben sind, hervor. Wenn gegenwärtig in einem der größten Heimarbeitergebiete tariflose Zustände herrschen, dann ist das Thüringische Wirtschaftsministerium nicht unschuldig daran. Der durch das Heimarbeitergesetz gewollte Hausarbeiterschutz wird hier verfaßt. Wir fordern eine Abänderung dieses Zustandes von Rechts wegen; denn durch das Verhalten des Thüringischen Wirtschaftsministeriums ist den Hausarbeitern auch das Klagerrecht vor dem Arbeitsgericht aus dem Tarifvertrag genommen. H. Ellein.

Frauenfragen.

Das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit.

Das Arbeitsgericht Berlin fällt in einer Sitzung am 10. Dezember ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Angestellte sollte entlassen werden, weil sie sich verheiratet hatte. In der Klage vor dem Arbeitsgericht machte der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten geltend, daß die Kündigung lediglich wegen der Eheschließung erfolgt sei und deshalb gegen die Reichsverfassung verstoße, die die Ehe unter besonderen Schutz stelle. Die Kündigung stelle im Sinne des § 84 Abs. 1 und 4 des BRG. eine unbillige Härte dar, weil die Angestellte letzten Endes wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gekündigt sei. Das Gericht hielt

Die Kapitalisten, die an der Macht bleiben wollen.

Daß eine herrschende Klasse, auch wenn sie die gänzliche Unhaltbarkeit eines bestehenden Zustandes einsieht, auf dem aber ihre ganze Klasseneristenz gegründet ist, diesen Zustand aus eigenen Kräften zu untergraben und umzugestalten suchen soll und damit die Macht, die sie bisher besessen hat, aus der Hand gibt, das ist, solange die Welt bestanden hat, nicht dagewesen, und das wird, solange die Welt besteht, nicht vorkommen. Im Laufe der Entwicklung treten eben Faktoren auf aus den unzufriedenen Schichten — bisher sind sie stets erschienen —, die zum Konflikt mit den bestehenden Zuständen treiben. Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit dieser Zustände nimmt an Macht zu und greift so mächtig um sich, daß eines Tages ihre Anhänger, sei es in dieser, sei es in jener Weise, sei es auf sogenanntem gesetzlichen, sei es auf sogenanntem revolutionärem Wege, die Dinge von Grund auf umgestalten, und zwar im Interesse der notleidenden Mehrheit. Und das wird auch wieder so kommen.

August Bebel (Reichstagsrede vom 3. Februar 1893).

den Einspruch gegen die Kündigung für gerechtfertigt und verurteilte den Unternehmer zur Weiterbeschäftigung der Gekündigten oder zur Zahlung einer Entschädigung von 1200 Mark. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, die Kündigung sei eine unbillige Härte, sie sei zweifellos wegen der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erfolgt, denn wenn sie nicht geheiratet hätte, würde ihr nicht gekündigt worden sein. — Durch diese Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts wird das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit anerkannt. Es ist die Feststellung, daß die Frau im Wirtschaftsleben das gleiche Recht hat wie der Mann. Die Frau hat das gleiche Recht auf Ehe wie der Mann, mithin muß sie auch das gleiche Recht auf Arbeit haben. Da man jetzt allgemein Doppelverdiener auszusuchen sich bemüht und dabei meistens die Frau trifft, dürfte diese Entscheidung des Arbeitsgerichts von Bedeutung sein.

Die Referentin unterbricht sich . . .

. . . doch halt, Kollegen, ehe ich weiterspreche, verzeiht, daß ich meine Rede unterbreche und euch zu überfallen wage und euch zu überfallen wage mit einer recht „niederträchtigen“ Frage! Kollegen, ihr werdet mich verdußt anschauen — aber sagt doch mal:

Wo sind eure Töchter, eure Schwestern, eure Mütter, eure Frauen? —

Daheim!

Daheim? — Ich habe in den Jahren der Kämpfe gelernt! Sie sind daheim — das heißt, sie sind tausend Kilometer von uns entfernt! Sie sind daheim — das heißt, ach so viele wichtige Glieder der proletarischen werden achlos zurückgelassen! [Maffen] Sie sind daheim — ja, wollen wir denn eine neue Welt aufbauen ohne unsere Töchter, unsere Schwestern, unsere Mütter, unsere Frauen? —

Überlegt's euch genau, Kollegen, und ich bitte: Bringt in Zukunft doch mehr Frauen mit! Luff, ein Winker.

Wirtschaftliches.

Lohnabbau für die Sünden der Industrie- und Finanzkapitalisten.

In der Nachkriegszeit hat ein sehr großes deutsches Unternehmen der Grundstoffindustrie seine Werke gewaltig ausgebaut und zu einer riesigen Kapazität erweitert. Es ist also Kredit aus der Wirtschaft, in diesem Falle hauptsächlich des Auslandes, dazu verwendet worden, hier ein sehr großes Werk aufzubauen, also Realkapital zu formen. Nun aber ist dieses Werk zu groß, und es kann nur mit etwa 50 Prozent, vielleicht in guten Zeiten mit 80 Prozent seiner Leistung beschäftigt werden, während eine Reihe von anderen Werken durch seine Ausweitung zum Erliegen kommt. Mit 50 Prozent Beschäftigung kann sich das Werk nicht rentieren, denn das insgesamt investierte Finanzkapital in Form von Aktien und Schulden der verschiedensten Art verlangt seine Zinsen und Amortisation, und wenn das Werk nur die halbe Produktion liefert, so sind diese fixen Kosten zu groß. In Wirklichkeit ist wahrscheinlich ein großer Teil des Realkapitals verloren. Um diesen Verlust aber zu verschleiern, wird ein solches Werk versuchen, seine Ware so zu verteuern, daß es die Zinslasten auch des fehlinvestierten Nominalkapitals tragen kann. Es wird zu Kartellbildungen neigen, d. h. es wird zu diesem Zweck Machtfaktoren auszunutzen suchen, vielleicht ohne sein Ziel zu erreichen. . . . Folge eines solchen Zustandes ist also einmal der Versuch, die Preise der Produkte trotz der besten technischen Einrichtungen zu erhöhen, um das investierte Nominalkapital zu retten, und zweitens über früh oder spät der Untergang eines Teiles von diesem Nominalkapital durch Zusammenlegung der Aktien, Verlust des Aktienkapitals oder in anderen Fällen durch völligen Zusammenbruch als Folge des Verlustes des Realkapitals, der durch die fehlerhaften Investitionen (nämlich über die gegebenen Absatzmöglichkeiten hinaus) geschehen ist.

Professor Dr. Dessauer: „Im Kampfe mit der Wirtschaftskrise.“

Wie Aufsichtsräte behandelt werden.

In der Aufsichtsratsitzung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW.) verlangte am 23. Dezember 1931 eine Gruppe von Aufsichtsratsmitgliedern Auskunft über die Höhe der Bezüge der Generaldirektoren und der übrigen Direktoren. Diese Bezüge der Verwaltungsmitglieder des dem sächsischen Staat gehörenden Unternehmens bilden seit Jahren den Gegenstand immer wiederholter Anfragen in der Öffentlichkeit. Die Regierung hat aber selbst gegenüber Landtagsbeschlüssen bisher stets eine Antwort abgelehnt.

Als jüngst die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufsichtsrats — dem Aufsichtsrat der ASW. gehören Mitglieder sämtlicher Landtagsfraktionen an — eine klare Auskunft über die Direktoralbezüge forderten, wurde ihnen nach einigem Hin und Her erklärt, eine „Bekanntgabe“ der Bezüge der leitenden Herren könne nicht erfolgen. Darauf verließen die drei sozialdemokratischen Mitglieder des Aufsichtsrats demonstrativ die Sitzung.

Welche Gründe sind denn vorhanden für das Schweigen der Herren Direktoren und der sächsischen Regierung?

Warenerzeugung für den Inlandsmarkt oder für die Ausfuhr?

In Deutschland sind starke Kräfte bemüht, die deutsche Ausfuhr unter allen Umständen zu steigern. Ein besonders Extremist, der Kaliindustrielle Kofferg, hat sich sogar einmal zu der Forderung verstiegen: „Dumping, daß die Schwarte kracht!“ Mit einer Steigerung der Ausfuhr hofft man mancherlei zu erreichen: Arbeitskräfte hierzulande in steigender Zahl zu beschäftigen, die deutsche Währung durch das Einfließen von Devisen zu stärken und den Ausländern zu zeigen, daß die sogenannten Tributforderungen an Deutschland eine solche Politik bedingen, die schließlich zur Störung des internationalen Warenkreislaufes führt. Durch diese einseitige Behandlung der Dinge ist in Deutschland der Glaube weit verbreitet, daß man die Arbeitslosigkeit durch Steigerung der Ausfuhr wesentlich mildern könnte. In Wirklichkeit liegen die Dinge erheblich anders. Der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Wagemann, hat in dem Wochenbericht Nr. 36 die Tatsache durch Zahlenmaterial erhärtet, daß der Inlandsmarkt den Kern einer industriellen Volkswirtschaft bildet. Im Jahre 1927 waren rund 3,2 Millionen Erwerbstätige mittelbar oder unmittelbar für die Ausfuhr beschäftigt. Seitdem ist die Ausfuhr mengenmäßig um 13 v. H. gestiegen, trotzdem ist die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich angewachsen. Fanden 1927 3,2 Millionen Erwerbstätige für die Ausfuhr und 28,2 Millionen für den Binnenmarkt Beschäftigung, so sind 1931 etwa 3,6 Millionen für die Ausfuhr und 25,3 Millionen Erwerbstätige für den Inlandsmarkt tätig. Eine Steigerung der Ausfuhr um 13 v. H. hat nur rund 400 000 Personen zusätzliche Beschäftigung gegeben. Gegenwärtig werden knapp ein Achtel aller Erwerbstätigen Beschäftigung durch die Ausfuhr erhalten. Dabei muß beachtet werden, daß große Teile der Volkswirtschaft, wie die Landwirtschaft, das Kleingewerbe und bedeutende Zweige der Industrie, an der Ausfuhr gar nicht oder nur gering beteiligt sind. Die starke Förderung der Ausfuhr hat den Welthandel gestört und die Schutzollmauern überall um ein beträchtliches erhöht. Immer mehr Länder schließen sich durch Sondergesetze gegen eine wirkliche oder vermeintliche Schleuder Konkurrenz. Die gegenwärtigen Differenzen zwischen Deutschland und der Schweiz und anderen Staaten deuten die Schwierigkeiten an, die einer weiteren Ausdehnung des Exports im Wege stehen.

Aus alledem ist für uns der Schluß zu ziehen, daß der Blick auf den Inlandsmarkt gelenkt werden muß. Stärkung der Inlandskaufkraft bedeutet die Rettung der Volkswirtschaft. Wenn heute drei Millionen Menschen weniger als 1927 für den Inlandsmarkt beschäftigt werden, so wird dadurch deutlich bewiesen, daß der Absatz im Inland bedeutend zurückgegangen ist. Selbst eine wesentliche Erhöhung der Ausfuhr würde die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich vermindern. Aber die Ausweitung des

Inlandmarkts würde mit ziemlicher Sicherheit Millionen Menschen Beschäftigung geben. Der Fortgang der bisherigen Politik führt ins Verderben. Nicht Ausfuhrsteigerung ist die Rettung der deutschen Volkswirtschaft, sondern die Belebung des Inlandmarkts.

Rundschau.

Der Glaube des Unternehmeranwaltes.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 299 vom 22. Dezember 1931 beschäftigte sich mit dem unter der Überschrift „Da haben wir die Beschörung“ erschienenen Weihnachtsartikel des „Proletariers“.

„Wo die Weisheit der Gewerkschaftssekretäre zu Ende ist, fängt bei ihnen der „Kapitalismus“ an. Was das ist, ist der Mehrzahl dieser Sechswochen-Kursler ebenso schleierhaft wie ihr eigener „Sozialismus“.

Aus diesem Erguß kann man entnehmen, daß der Unternehmeranwalt sich für weise hält. Und nun wollen wir einmal eine Parodie auf den Erguß des Unternehmervertreter hören: „Wo die Weisheit der Unternehmervertreter zu Ende ist, fängt bei ihnen der „Marxismus“ an.

Die vergewaltigten Unternehmer.

Die Unternehmer brauchen keinen Lohnabbau vorzunehmen. Kein Mensch und keine Notverordnung kann sie dazu zwingen. Trotzdem berufen sie sich auf die heilige Notverordnung.

Die Herren von der Braunkohlenindustrie wollen z. B. auch ihre 15 Prozent einsparen. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitervertretern erklärten sie, auf soziale Momente nicht eingehen zu können; sie hätten auf Grund des § 2 der Notverordnung das Recht und auch die Pflicht, einen Lohnabbau in Höhe von 15 Prozent durchzuführen.

Der Reiche und der Harte, der nicht gibt, der flüchtet. Aus: Laienbrevier.

Die KPD. bettelt bei ihren Feinden.

Beim Porzellanarbeiterstreik in Selb konnten die KPD-Mitglieder von ihrer Organisation keine Streikunterstützung erhalten. Die Beiträge freuten zu 100 Prozent die Bonzen auf. KPD- und SPD-Leitung in Selb waren ratlos, und schließlich wandten sie sich an die IAS.

„Die IAS, Ortsgruppe Selb, spricht nun vor allem den Selbter Geschäftskleinen sowie den Landwirten der Umgebung den wärmsten Dank für ihre außerordentlich gute Unterstützung, die sie der IAS zur Speisung der streikenden Porzellanarbeiter zuteil werden lassen, aus.

Ihr Arbeiter von der KPD, wie wird euch denn? Im Fabrikarbeiterverband hat jeder Kollege ein Recht auf Unterstützung während des Streiks, braucht nicht zu betteln und nicht untertänig zu danken.

Und nun vergeßt nicht, ihr KPD-Mitglieder: Zieht in Zukunft recht schon den Hut vor euren Wohlplätern, damit sie euch nicht abweisen, wenn ihr solchen Klassenkämpfer das nächstemal betteln kommt!

Nationalsozialistische „Arbeitervertreter“.

Dem Deutschen Reichstag gehören insgesamt 107 Nationalsozialisten an. Hierunter befinden sich:

- 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute; 31 höhere und mittlere Beamte; 19 Rechtsanwälte, Ärzte und sonstige freie Berufe; 9 pensionierte Offiziere; 8 Angestellte und 7 Arbeiter!

Sie kommen nicht in den Reichstag, um zu arbeiten, sondern verzehren draußen die gesellschaftlichen Wägen, um desto besser auf „das System“ schimpfen zu können!

Nationalsozialismus heißt Zerstörung.

Der „F. P.“, eine französische Zeitung, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Frage der Stellungnahme der Reichsregierung zu der nationalsozialistischen Bewegung. Hitler, so schreibt das Blatt, habe die Atmosphäre in Deutschland vergiftet, Schlagtrupp organisiert, die ein Herz für den Bürgerkrieg darstellten, das Vertrauen in den Friedenswillen Deutschlands erschütterte und dadurch den deutschen Kredit ruiniert.

feien, müsse der Reichsregierung begreiflich machen, daß das hitlerische Abenteuer den guten Willen aller ermüde und daß es höchste Zeit sei, daß die Deutschen selbst dem ein Ende machten.

Berichte aus den Stahlstellen.

Elbingerode. Unser Städtchen ist in letzter Zeit etwas stärker in der Öffentlichkeit bekannt geworden dadurch, daß die Nazis nach vorausgegangener Versammlung dieser Partei auf Andersdenkende mit Stuhlbeinen, Biergläsern und dergleichen geschlagen haben.

Sozialismus ist Friede und Gerechtigkeit.

Wir wissen nicht, was uns das nächste Jahr bringt. Das Elend der Arbeitslosigkeit heult durch die Straßen. Und wenn es Sinn des Lebens für den Menschen ist, am Bau der Schöpfung mitzuwirken, dann ist die größte Not der Arbeitslosigkeit nicht nur der Hunger, sondern die Unmöglichkeit, daß jeder, der von der Arbeit abgeriegelt ist, darauf verzichten muß, das eigene Dasein zu erfüllen mit einem Sinn.

Wolff Grimme (im „Vorwärts“ vom 25. Dezember 1930).

Gotha. Otto Kühnlenz gestorben. Unser Kollege und langjähriges Verwaltungsmitglied Otto Kühnlenz ist am 22. Dezember von seinem kurzen, aber schweren Leiden durch den unerbitterlichen Tod erlöst worden.

Unser Kollege Otto Kühnlenz mußte schon in seinen Jugendjahren das Proletarierlos kennen lernen. In seinem Geburtsort Siegmundburg (Thüringer Wald) war die Kinderarbeit sehr verbreitet, der Verdienst der Eltern sehr gering, so mußten Kind und Kegel mitschaffen, die größte Noilage abzuwehren.

Nach der Schulentlassung ergriff unser Kollege Kühnlenz den Porzellanberuf. Mit Beendigung der Lehrzeit und kaum 19 Jahre alt trat Kollege Kühnlenz dem Verband der Porzellanarbeiter als Mitglied bei; unter den damaligen Verhältnissen auf dem Thüringer Wald eine großzügige Tat, denn wehe dem, der es wagte, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation als Mitglied anzuschließen.

In Gotha führte Kollege Kühnlenz lange Jahre die Geschäfte des Porzellanarbeiterverbandes. Seit dem Jahre 1926, also seit dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband, war Kollege Kühnlenz Mitglied der Ortsverwaltung, ein treuer Freund und aufrichtiger Mitarbeiter, stets bereit, für die Organisation zu wirken bis kurz vor seinem Tod.

Wir werden unserem Freund Otto Kühnlenz stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Frankfurt. Generalversammlung am 19. Dezember 1931. Im Geschäftsbericht behandelte der Vorsitzende, Kollege M. Kling, die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen und Folgen für die Arbeiterklasse. Er stellte das vollständige Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsjüher fest.

wies der Redner die Auswirkung der Krise auf die finanzielle Verhältnisse unserer Jahrtelle nach und konnte trotz alledem die befriedigende Feststellung machen, daß wir erfolgreich verfahren haben, die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf unsere Mitglieder zu lindern.

Mersburg. Zu neuem Kampf im neuen Jahr! Das war der Inhalt der großen Leuna-Vertrauensmännerkonferenz, die am Sonntag, dem 27. Dezember, in Mersburg tagte. Noch kurz vor Jahreswende waren die freigewerkschaftlichen Funktionäre zusammengetreten, um Rückschau und Ausblick zu halten.

Wir werden nicht untergehen, weil wir den Willen haben, zu siegen.“ (Großer Beifall.) — An der Aussprache beteiligten sich über ein Duzend Kollegen. Ernsthafte, fruchtbringende Kritik wurde geübt. Kritik an uns selbst, die zeigte, wo es fehlt, wo wir einlegen, wo wir die Richtung ändern müssen.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumgenossenschaften und Notverordnung.

Die Reichsregierung hat ihre Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unter das Zeichen des Preisabbaues gestellt. Sie glaubt, die Preise für wichtige Bedarfsgüter zwangsweise senken zu müssen, um so die bei weitem stärkeren Lohnherabsetzungen rechtfertigen zu können.

Es ist klar, daß eine so hohe Umsatzsteuer die Preislenkungsbestrebungen der Konsumvereine schwer gefährden muß. Aber auch andere Bestimmungen der Notverordnung wirken nicht gerade zum Vorteil für die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Literarisches.

Deutschland erwache! — Deutschland lache! Unter diesem Motto legt der Diebstahl Verlag ein 15-Pennig-Broschüre vor: „Das Selbstporträt Adolf Hitlers“, in der Hülle aus der Autobiographie Hitlers „Mein Kampf“ aufgereißt werden.

Chemische Industrie

Wie lebt der Farbentumpel?

Der Tariflohn beträgt gegenwärtig für den ungelerten Arbeiter der chemischen Industrie 78,5 Pf. Der durchschnittliche Effektivverdienst einschließlich Kopfzulage, Überstunden und Überverdienste durch Prämien und Akkordarbeit beträgt 1 Mk. Dieser Durchschnittsverdienst hat in Wirklichkeit nur statistischen Wert, da viele Arbeiter weniger verdienen. Gehen wir aber einmal von diesem Durchschnittsverdienst aus und sehen dann, was der Arbeiter nach allen Abzügen noch tatsächlich zum Leben übrig hat. Ein Arbeiter mit 2 Kindern hat an Abzügen wöchentlich zu zahlen:

Invalidenversicherung	1,00 Mk.
Krankenkassen- und Erwerbslosenbeiträge	2,71 Mk.
Lohnsteuer	rund 0,50 Mk.
Rifsensteuer	0,40 Mk.
Bürgersteuer	rund 0,60 Mk.

also insgesamt 5,21 Mk.

Dazu kommt bei vielen noch die Kirchensteuer und das Fahrgehalt nach der Arbeitsstelle. Die Miete ist bei einer Familie von vier Personen mit einem Durchschnittslohn von 8 Mk. je Woche einzusetzen. Bei 13 Mk. Abzügen verbleibt also ein Betrag von 27 Mk., von dem nun außer den obengenannten Steuern und Ausgaben noch die Ausgaben für Gas, Wasser und elektrischen Strom, weiterhin Beiträge für Vereine und Zeitung abgehen. Für den direkten Lebensbedarf einschließlich Bekleidung verbleibt also im besten Falle ein Betrag von 20 bis 22 Mk. Daß dieser Betrag auch die allergeringste Nebenausgabe verbietet, versteht sich am Rande. Trotzdem glaubt nun eine hochweise Regierung die einzige Rettung Deutschlands darin zu finden, daß sie diese kaum zum Leben ausreichenden Löhne vom 1. Januar 1932 an um 15 Prozent senken will. Dabei sind wir in unserem Beispiel von dem Durchschnittsverdiener ausgegangen, während mancher Kumpel noch bis zu 10 Prozent weniger verdient. Zu alledem schwebt heute über jedem Arbeiter noch das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das ihn zwingt, seine Lebenshaltung noch weiter einzuschränken. Regierung und Öffentlichkeit müssen sich darüber klar sein, daß diese Belastung der Arbeiterschaft nur zu tragen ist, wenn tatsächlich der angekündigte Preisabbau in vollem Umfange eintritt. Anderenfalls wird sehr schnell der Tag kommen, an dem auch der geduldige deutsche Arbeiter die Last von sich wirft in dem Gedanken, besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. C.

Vom Ludwigshafener Spionageprozeß.

Im Ludwigshafener Spionageprozeß wurde am 18. Dezember 1931 das Urteil gefällt. Die Angeklagten Steffen, Dienftbach und Schmidt erhielten wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs je zehn Monate Gefängnis. Der kommunistische Parteisekretär Herbst wurde wegen Beihilfe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Ucker, Dehlschläger und Frau Dehlschläger wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten mit je acht Monaten angerechnet. Herbst hat seine Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt; er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

In der Urteilsbegründung heißt es: Erwiesen ist, daß sich Dienftbach an den Zeugen Segewitz herangemacht hat, um Betriebsgeheimnisse der J.-G. Farbwerke zu erfahren. Auch den Zeugen Hölzer versuchte man zum Verrat von Betriebsgeheimnissen der Motorenwerke Mannheim zu bewegen. Herbst hat die Mittelsperson gestiftet und die Angeklagten bekannt gemacht. Der Angeklagte Steffen ist durch die drei Berichte, die in seiner Wohnung vorgefunden wurden, überführt. Er hat diesen Berichten noch den Zettel angehängt: „Die Zeichnung fehlt.“ Das Fehlen dieser Zeichnung ist wahrscheinlich der einzige Grund, daß diese Berichte nicht ihren Weg weitergesunden haben. Das Gericht hat als straferschwerend angenommen, daß durch den Verrat der Betriebsgeheimnisse eine Schädigung nicht nur des deutschen Unternehmers und Kapitalisten, sondern auch des deutschen Arbeiters eintreten würde. Man blieb unter dem Höchstmaß von einem Jahr Gefängnis, weil ein nachweisbarer Schaden nicht angerichtet worden ist.

Die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagten wurden aufgehoben, da Flucht- oder Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt.

Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Das Internationale Arbeitsamt hat über die Auswirkung der Rationalisierung interessante Zahlen ermittelt und veröffentlicht. Nach Mitteilungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“ beträgt z. B. die Leistungssteigerung im Kohlenbergbau durch berufliche Auswahl 10 bis 40 Prozent. Durch neue Ausbildungsmethoden der Arbeiter wurden Leistungssteigerungen von 27 bis 200 Prozent erzielt. Die Rationalisierung der Bewegungen brachte Steigerungen von 20 bis 700 Prozent, und durch die Arbeit am laufenden Band konnten die Leistungen um 40 bis 250 Prozent gesteigert werden.

Daneben wirkten sich die Aufmunterungsprämien in einer Steigerung von 15 bis 300 Prozent aus, und die Einführung von Erholungspausen während der Arbeitszeit brachte eine Erhöhung der Leistung von 2,8 bis 33 Prozent.

In Deutschland ist in der Zeit von 1925 bis 1928 eine Ertragssteigerung von 16 bis 100 Prozent eingetreten. Der deutsche Bergbau verminderte in der Zeit von 1913 bis 1929 die Arbeiterzahl um 8 Prozent; der Ertrag der Arbeit stieg aber um 34 Prozent.

Seit den Jahren 1928/29 stand aber die Entwicklung nicht still, der Ertrag der Arbeit ist weiter gestiegen. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob der Anteil der Technisierung oder der der persönlichen Leistungssteigerung größer ist. Ein allgemeiner Durchschnitt der Leistungssteigerung läßt sich aus den vorliegenden Zahlen nicht ermitteln. Jedenfalls reichen diese Zahlen aber aus, die ungeheure Arbeitslosigkeit in der Welt zu erklären. Die Leistungssteigerung ist so groß und so sprunghaft erfolgt, daß sie als wichtiger Faktor der gegenwärtigen

Wirtschaftskrise betrachtet werden muß. Mit der Rationalisierung hat der Verbrauch nicht Schritt halten können. Die stillgesetzten Arbeitskräfte engten die Konsumkraft ein und erzeugten immer neue Arbeitslosigkeit.

Ganz abwegig ist die Ansicht des Professors Poppelreuter von der „Dinka“, der behauptet, daß die Arbeitslosigkeit kein Ergebnis der Rationalisierung, sondern des allgemeinen Durcheinanders der Welt sei. Diese Ansicht mag ein Körnchen Wahrheit enthalten; die obigen Zahlen beweisen aber, daß die Rationalisierung die Arbeitslosigkeit zum größten Teil verursacht hat. Aus dieser Krise führt nur eine wesentliche dauernde Arbeitszeitverkürzung heraus, wenn zugleich die durch Fehlinvestition verlorenen Kapitalien radikal abgeschrieben und damit der Verzinsung entzogen werden. In dieser Richtung muß der Kampf zur Überwindung der Krise geführt werden. G. Haupt.

Die Sinnlosigkeit und Grausamkeit des Kapitalismus.

... Oder ist es etwa gut und muß als Zustand der „Vollendung“ hingenommen werden, wenn in Europa Menschen Hungers sterben, in Südamerika aber die Maschinen mit Mais geheizt und in Brasilien Zehntausende von Säcken mit Kaffee verbrannt werden? Was wäre das für eine grauenhafte Sinnlosigkeit, wenn es ewig so sein müßte, daß die Rücksicht auf den Weltmarktpreis im Wirtschaftsleben von größerer Bedeutung ist als die Rücksicht auf das Leben eines Menschen oder ganzer Völker! Es kann doch nicht als eine für alle Ewigkeit stabilisierte Ordnung angesehen bleiben, daß sich Millionen Menschen nach vollbrachtem Tagewerk in Winkeln und in Kellern und Asylen niederlegen müssen, und daß anderen Millionen noch nicht einmal dies Tagewerk, das ihrem Leben einen Sinn zu geben vermöchte, beschieden ist. Wer das für in der Ordnung hält und wer nicht sieht, daß er für eine Änderung zum Kampf antreten muß, der freilich wird in seinem ganzen Leben nicht begreifen, was Sozialismus ist und will. ...

Adolf Grimme (im „Vorwärts“ vom 25. Dez. 1930).

Nahrungsmittel-Industrie

Die Konservenerzeugung Deutschlands im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Aber den Umfang der deutschen Konservenindustrie und ihrer Erzeugnisse sind die Vorstellungen sehr verschieden. Der eine sieht in der Konservenindustrie noch ein reines Kleingewerbe, während der andere nur an Riesenbetriebe denkt. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Es gibt in der Konservenindustrie noch Kleinbetriebe, die kaum ein halbes Dutzend Leute beschäftigen; es gibt aber auch Großbetriebe mit 800 bis 1000 und noch mehr Beschäftigten. Ebenso weit gehen die Ansichten über die Erzeugnisse der Konservenindustrie auseinander. Der eine glaubt, es handle sich nur um einige hundert Zentner, während beim anderen die Vorstellung wieder in die Millionen geht. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit ist nicht in allen Fällen möglich, da verschiedenlich Umgruppierungen stattgefunden haben. Dennoch ist es nicht uninteressant, die Produktionszahlen der Vorkriegszeit denen des letzten Jahres gegenüberzustellen.

Im Jahre 1913/14 (1. August 1913 bis 31. Juli 1914) nahm die Kriegsrohstoffabteilung eine Erhebung über den Verbrauch von Blechen zu Konservendosen vor; dabei wurde gleichzeitig festgestellt, wieviel Dosen Konserven in diesem Jahre hergestellt sind. Diese Zahlen sind später von der Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft nachgeprüft und für richtig anerkannt. Danach wurden im letzten Vorkriegsjahre an Konserven in Deutschland, immer nach 1-Kilogramm-Dosen gerechnet, hergestellt:

Obstkonserven	34,0 Millionen Dosen
Bohnenkonserven	25,0 Millionen Dosen
Erbsenkonserven	16,0 Millionen Dosen
Spargelkonserven	12,5 Millionen Dosen
Herbstgemüse	4,0 Millionen Dosen
Sonstige Konserven (gemischtes Gemüse, Leipziger Allerlei, Kohlrabi usw.)	22,5 Millionen Dosen
	114,0 Millionen Dosen.

Danach wurden also im letzten Vorkriegsjahre rund 114 Millionen Dosen Konserven in Deutschland hergestellt. Die Marmeladenerzeugung betrug im gleichen Jahre rund 800 000 Zentner.

Die Kriegsjahre brachten einen erheblichen Rückgang bei den besseren Konserven, aber eine sehr starke Steigerung bei der Marmeladenerzeugung. In den ersten Nachkriegsjahren ging dann die Marmeladenerzeugung stark zurück. Das hatte in der Hauptsache seinen Grund darin, daß in den letzten Kriegsjahren mehr Kohlrüben und sonstige Dinge zu Marmelade verarbeitet wurden als Obst, so daß eine Marmelade entstand, die diesen Namen nicht verdiente. In den letzten Jahren ist die Konservenerzeugung dann erheblich gestiegen; im Jahre 1931 ist sie allerdings sehr stark eingeschränkt worden. Für das Jahr 1930/31 wurde nun amtlicherseits eine Erhebung über die Marmeladenerzeugung in Deutschland vorgenommen. Dabei wurde folgendes festgestellt: Es wurden erzeugt:

Marmelade	751 880 Zentner
Obstmus	190 300 Zentner
Gelée	97 800 Zentner
	1 039 980 Zentner.

Demnach wäre die reine Marmeladenerzeugung im letzten Jahre nicht ganz so hoch gewesen wie im letzten Vorkriegsjahre. Es ist aber anzunehmen, daß man während des Krieges auch das Mus zur Marmelade gezählt hat, denn es liegen besondere Zahlen hierfür nicht vor. Rechnet man das Mus zur Marmelade, dann ist die Produktion im Jahre 1930/31 wesentlich höher als im letzten Vorkriegsjahre. An der Marmeladenproduktion sind die einzelnen Länder bzw. Landesteile wie folgt beteiligt:

Produktion von Marmelade, Obstmus und Gelee im Betriebsjahr 1930/31.

Gebiet	Zahl der Betriebe	Marmeladen und Konfitüren		Pflaumenmus u. a. außer Apfelsmus	Gelees
		1000 Kilogramm			
Provinz Sachsen	28	9 542	4002	399	
Land Sachsen	22	5 237	598	95	
Braunschweig	16	962	266	126	
Hannover	8	690	16	13	
Thüringen und Anhalt	5	678	162	16	
Rheinprovinz	20	5 212	388	1688	
Westfalen	5	1 184	114	208	
Hessen-Nassau und Lippe	6	413	84	360	
Bayern	23	2 310	133	275	
Hessen	14	1 777	341	1019	
Württemberg und Baden	13	1	18	418	
Schleswig-Holstein u. Hamburg	5	3 254	1744	55	
Oldenburg, Lübeck und Mecklenburg	7	2 735	13	70	
Brandenburg	13	1 346	1318	98	
Pommern, Schlesien und Ostpreußen	5	291	318	—	
		190	37 594	9515	4840

Demnach sind an der Marmeladenerzeugung in erster Linie Mitteldeutschland und Süddeutschland beteiligt, dann Westdeutschland.

Im Sommer 1931 ist nun eine Erhebung vorgenommen worden über die Herstellung von Frühgemüse- und Frühobstkonserven. Nach dieser Erhebung wurden erzeugt an:

Spargelkonserven	4 382 000 1-kg-Dosen
Frühspinat	335 000 1-kg-Dosen
Erbsen	3 177 000 1-kg-Dosen
Stachelbeeren	335 000 1-kg-Dosen

Demnach wäre bei der Spargelkonservierung gegenüber dem Jahre 1913/14 ein starker Rückgang zu verzeichnen. Die übrigen Posten sind nicht vergleichbar, weil sie früher in einer Sammelabrik zusammengefaßt waren. Bei dem Rückgang der Spargelkonserven muß aber berücksichtigt werden, daß die Konservenerzeugung im Jahre 1931 gegenüber den beiden vorhergehenden Jahren sehr stark eingeschränkt ist. Es waren noch Riesenmengen Konserven auf Lager, die man erst absetzen wollte.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte die Konservenindustrie keinen leichten Stand. Sie hatte damit zu tun, sich allmählich wieder auf brauchbare Ware umzustellen und das Vertrauen der Kundschaft wiedergewinnen, das durch die Kriegsprodukte vollständig verlorengegangen war. In den letzten drei bis vier Jahren hat dann die Konservenerzeugung derartig zugenommen, daß die Produkte nicht abgesetzt werden konnten. Daher ist die Produktion im Jahre 1931 sehr stark eingeschränkt. Einen brauchbaren Vergleich zu den früheren Jahren bietet daher die Erhebung im Jahre 1931 allein nicht. Man müßte die Erzeugungszahlen der letzten beiden Jahre dazu nehmen. Darüber liegen aber Angaben nicht vor. Für die übrigen Konservenarten sollen noch Erhebungen vorgenommen werden. Es muß abgewartet werden, welches Resultat sie ergibt. Schon heute aber kann wohl gesagt werden, daß sie denselben Mangel haben werden wie die schon vorgenommene Erhebung.

Auf die einzelnen Länder bzw. Landesteile verteilt, ergibt sich bei der Produktion von Spargel- und Frühkonserven folgendes Bild:

Produktion von Konserven im Jahre 1931 nach Ländern.

Land	Spargel	Frühkonserven		
		Frühspinat	Erbsen	Stachelbeeren
		1000 Dosen		
Sachsen (Freistaat)	641	182	380	87
Hannover	588		236	25
Brandenburg	239	—	235	46
Rheinprovinz	—	—	264	26
Abriß Preußen	52	—	106	11
Braunschweig	2358	113	451	47
Sachsen (Provinz)	—	—	621	42
Thüringen	31	11	37	4
Anhalt und Lippe	105	—	—	—
Hessen	123	—	308	20
Bayern	31	29	136	—
Württemberg, Baden	23	—	181	22
Mecklenburg, Lübeck und Hamburg	191	—	222	5
Deutsches Reich	4382	335	3177	335

An erster Stelle bei der Spargelkonservierung steht also Braunschweig, ihm folgt der Freistaat Sachsen und dann die Provinz Hannover. Bei der Erbsenkonservierung steht dagegen die Provinz Sachsen an erster Stelle, dann kommt Braunschweig und an dritter Stelle der Freistaat Sachsen. Der Süden Deutschlands spielt hier keine große Rolle. Insgesamt kann gesagt werden, daß die Marmeladenerzeugung in den letzten drei bis vier Jahren weit höher war als im letzten Vorkriegsjahre. Sie ist auch trotz starker Produktionseinschränkung im Jahre 1930/31 noch höher, wenn man das Obstmus zur Marmelade rechnet. Für die übrigen Konservenarten sollen noch Erhebungen vorgenommen werden. Sollen sie ein richtiges Bild ergeben, dann müßten die beiden Jahre 1929 und 1930 zum Vergleich mitherangezogen werden, da im Jahre 1931 aus schon angeführten Gründen eine starke Einschränkung der Produktion vorgenommen wurde.

C. Senkfeil

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

1. Fortsetzung.

Peter Gohler bemerkte, daß das Taschentuch des Alten ebenfalls rotgelb befleckt war. Es war wirklich Farbe, was da Schnurbart, Haare und Taschentuch des Alten färbte. Er war in einer Farbenfabrik, und zwar im Mühlraum, beschäftigt, in dem die fertigen Farben gemahlen, in große Fässer gefüllt wurden, um dann gelagert oder verladen zu werden. Schon fast ein Jahrzehnt verdiente er sein Geld in diesen farbtaubigen, dämpfenden, höchst ungesunden Mühlhöhlen. Anfangs ja, da gefiel es ihm nicht besonders gut. Wenn man jedoch nichts gelernt hat, muß man sich schon hinstopfen lassen, wo die anderen nicht gern arbeiten, besonders wenn man schon älter ist. Ein ungelerner Arbeiter hat keine andere Wahl als die Fabrik oder den Erbschaft. Jetzt ist er den Schmutz, den Staub und die Stickluft schon gewöhnt. Ganz findet sich der Körper ja nie damit ab, er wird mit den Jahren ebenfalls staubig, grau und vernachlässigt. Man sah das an der dicken Ledersacke, die zergraut und fleckig am Körper des Alten hing. Sie nannten ihn in der Fabrik „den alten Schorsch“, trotzdem er erst Anfangs der Fünfzig stand.

„Na, Kollege, hast du dir's jetzt überlegt?“ wandte sich nach einer Weile der alte Schorsch an Peter Gohler. „Auf der nächsten Station steigen wir fast alle aus. Wenn du mit uns gehst, kannst du heute schon anfangen.“ Und als Gohler mit der Antwort zögerte, meinte er gutmütig: „Nur ka Angst, du gewöhnt es schon“, und wiederholend: „Du gewöhnt es schon.“

Damit stand er auf, tastete nach seinem Rucksack; denn der Zug fuhr bereits in die nächste Station ein. Unschlüssig erhob sich Peter ebenfalls, und als er sah, daß die große Mehrzahl sich zum Aussteigen fertig machte, hängte auch er seinen Rucksack um. Er war wirklich froh, an die frische Luft zu kommen, die Atmosphäre im Abteil war unheimlich schwül und dick geworden. So ähnlich fank es in den Mannschaftenszellen im Biwak beim Kommiss.

Peter Gohler war erstaunt über die Arbeitermassen, die da dem Zuge entfielen und in endlosen Reihen aus dem Bahnhof strömten. Das war eine ganze Armee, welche mit Rucksäcken, Brotkörben und Altknappen hastig und klappernd über das Straßengpflaster marschierte. Im Gang dieser Masse lag eine gewisse Unruhe, als ob sie alle Angst hätten, zu spät auf die Arbeitsstelle zu kommen. Dieses unruhige, geschäftige Hasten hatte etwas Impulsantes in sich, etwas, das einem nahelegt, mitzumarschieren, einem großen, erhebenden, jedoch fernem, sehr fernem Ziele entgegen. Im Nu war das Wasserhäschen von schon so früh Darfische umstellt, die mit einer Glasche Seltenerwasser den Biergeschmack und Zigarettenrauch von der Kehle spülten.

Man konnte unter den Arbeitern deutlich mehrere Typen unterscheiden. Grobknochige, breitschultrige, starke Männer in rauhen, dicken Anzügen und kräftigem Schuhwerk, viele mit Schaffstiefeln, daran noch Lehm und Mörtel von der letzten Arbeitswoche klebte: Hoch- und Tiefbauarbeiter. Andere trugen Hüden oder Hartmänner, geflickte, farbige Kleider, sahen blaß und schmal aus, ein großer Teil hatte blau-, rot- oder gelbgefärbte Hände: Fabrikarbeiter. Wieder andere sonderten sich etwas ab vom großen Haufen, steckten in abgetragenen Sonntaganzügen, dazu Kragen und Krawatte, trugen Altknappen oder Brotkörben unter dem Arm: Angestellte, Mechaniker, Poliere oder Werkmeister. Pflöchtig bog der ganze Arbeiterstrom seitlich von der Straße ab und mündete in ein großes, breites Fabriktor. Es war wirklich ein Strom, der da hartig mit einer schnellen Biegung in das große Tor kroch.

Die Straße lag bald wieder still. Nur einige wenige Nachzügler drückten sich gegen ein Fabriktor vorbei und hielten auf eine nahe Werkstatt zu. Das waren solche, welche nach einem durchsichtigen Sonntag noch nicht auf der Höhe waren und ihren Kater durch einen sogenannten Planen erneut mit Bier und Branntwein zu vertreiben suchten.

Das Fabriktor war wie eine brandende Meeresbucht, in welche jeden Morgen drei und mehr solcher Arbeiterströme hineinfluteten. Die Fabrik war das Meer, das diesen Strom in sich aufnahm, der in aller Frühe von den Bergen und Tälern in kleinen Bächen herabfließ, sich in der Eisenbahn sammelte, um dann gleich einer wilden Woge dieser Brandung entgegen zu strömen. Das kam ja: Die neunziger Jahre brachten Deutschland und der Welt einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung, eine nie dagewesene Prosperität. Vollständig neue, bisher unbekante Industrien wuchsen aus dem Boden; an den Enden der Großstädte wurden kolossale Fabriken mit mächtigen Kaminen erbaut, bestehende Produktionsanlagen beträchtlich erweitert, so daß das bisherige Städtebild ein vollständig neues Ansehen bekam. Besonders der rhein-mainische Städtekreis schien sich zu einem einzigen großen Industrieland zu wandeln zu wollen.

Da fehlte es selbstverständlich bald an den notwendigen Arbeitskräften, besonders ungelernete Arbeiter waren in diesen Jahren sehr gefehlt, da die städtischen Arbeiter möglichst in gelehrten Berufen unterzukommen suchten. Ihre bessere Schulbildung und teilweise geringere wirtschaftlichen Verhältnisse machten sie auch für gelehrte und Spezialarbeit geeigneter als die mangelhaft geschulten und vielfach an Althergebrachtem hängenden ländlichen Arbeiter. Deshalb war es natürlich, daß man, um dem Arbeitermangel abzuhelfen, möglichst viele ungelernete Arbeitskräfte vom Lande in die Städte zog. Besonders der Hoch- und Tiefbau, auch einzelne Fabriken, verlangten es sich einen Stamm ungelernerter Arbeiter aus den entlegensten Ortshäusern der maligenen Berge und Täler zu verschaffen. Diese waren auch genügender, nach Ansicht der Arbeitgeber fleißiger und ließen sich nicht so leicht verbeugen wie ihre Kollegen von der städtischen Fabrik. Genügender, anspruchsloser waren sie jedoch; aber ein ungelernerter Arbeiter hat eben nur die Wahl, irgendwo in einer Fabrik, auf einer Baustelle als Tagelöhner für geringeren Lohn die schwerste Arbeit zu übernehmen, oder überhaupt abgewiesen zu werden. Da wird man von selbst bescheidener, übrigens war es immer noch besser als in einem amüßigen Dorf bei trockenem Brot und Pellkartoffeln. Gegen zahlreich vorhandene Mühsünde etwas zu tun, das viel keimern von ihnen ein, und sie konnten es auch nicht. Sie nahmen Arbeit dort, wo sie welche fanden; gefiel es einem nicht, konnte man immer wieder wechseln, sich eine andere Baustelle oder eine andere Fabrik suchen. Arbeit gab es ja überall, man konnte gut heute auf einer Baustelle anfangen, morgen aufhören und übermorgen auf einer anderen schon wieder anfangen. Das war ihr eigentlicher Lohn den Arbeitgebern gegenüber, man brauchte sich nicht alles gefallen zu lassen. War einem der Meister in der Fabrik zu stramm oder gefiel einem die Arbeit nicht, oder war der Lohn zu gering, so verlangte man seine Papiere und suchte ein anderes Fabriktor auf, wo man bereitwillig Einlaß fand. Manchmal hatte man Erfolg, wo es anschießend, verweigerte man auch einmal dem Meister, der Arbeitgeber versprach Besserung; ja teilweise durfte sich ein guter, fleißiger Arbeiter schon manches herausnehmen. Der Arbeitgeber gab nur gegen die Papiere heraus; nicht selten verweigerte er die Herausgabe bis man entweder blieb oder sein Recht auf gesetzlichen Wege suchte. Eines war jedoch beständig. Ein Hoch- oder Tiefbauarbeiter wechselte nur selten in eine Fabrik und umgekehrt, ein Fabrikarbeiter fast nie auf eine Baustelle. Bei allen hatte sich eine gewisse Tradition herausgebildet. Es war nun mal so, jeder Schuster blieb bei seinem Zeig.

Die Zeiten waren also nicht schlecht, im Verhältnis wenigstens. Ein fleißiger, fleißiger und geschickter Arbeiter konnte es immerhin, wenn er Glück hatte, zu etwas bringen, auch wenn er nicht gelernt hatte. Kein Wunder, daß sich der Zustrom in die Städte zu einer wahren Landflucht entwickelte.

Peter Gohler dachte nachlässig auf, als er den Zug verlassen hatte. Er war immer noch nachlässig und hielt sich deshalb vorerst einmal an den alten Schorsch. Der trachte gemächlich hinter dem

großen Haufen her, klopfte dabei seine Pfeife aus und sagte mit einem Seitenblick auf Peter: „Na, ich seh schon, daß du dich nicht auskennst. Geh nur mal mit mir, Arbeit kriegst du bei uns, das ist sicher!“ Er war schon so mit seiner Fabrik verwachsen, daß er in allen Redewendungen sie als „unser Fabrik“ bezeichnete.

Peter, der froh war, einen Anhaltspunkt zu haben, entgegnete: „Ja, wenn ich nur erst mal Arbeit habe. Weiß ich dann besser Bescheid, kann ich mir zu jeder Zeit etwas Besseres suchen!“

Vor dem Fabriktor gab ihm der alte Schorsch noch einige Verhaltensmaßregeln und schlurfte mit einem „Also — Gute“, was soviel heißen sollte wie „Guten Morgen“, durchs Tor.

Peter Gohler stand nicht allein da und wartete. Mit ihm suchten noch dreizehn Mann Arbeit, lauter Leute, die von weit her zugereist kamen.

Eben stürzte die letzte Kolonne vom Nahzug durchs Tor, als das Signal zum Arbeitsbeginn ertönte. Es war Punkt sechs Uhr dreißig. Sie sahen, wie die Arbeiter, auch Arbeiterinnen waren darunter, von einer Tafel schnell etwas abhängen, in einen Kasten warfen und möglichst rasch an ihre Arbeitsstellen zu gelangen suchten.

Es waren jetzt sechzehn Mann, die Arbeit suchten. Mit dem letzten Zuge waren noch zwei dazugekommen. Sie warteten eine Zeitlang, ein paar wollten weiter, einer davon sagte: „In dieser Stinkbude wird nichts verdient, ich suche mir sonst Arbeit!“, und ging wieder fort. Sie sahen ihn dann in die nächste Wirtschaft gehen.

Peter Gohler erinnerte sich, was ihm der alte Schorsch gesagt hatte, und meinte zu den anderen: „Man kann es ja einmal probieren über den Winter, behagt es einem nicht, kann man im Frühjahr immer noch los.“ Dem stimmten 2 anderen zu. Das ermunterte Peter. Er ging durchs Fabriktor und blieb vor dem Pfortnerhäuschen stehen. Gleich winkte ihm ein Mann von drinnen, er solle herinkommen. Die Leute in der Pfortnerstube waren damit beschäftigt, Marken zu zählen und Eintragungen in ein dickes Buch zu machen.

Der Älteste stand von seinem hohen Schemel auf, und musterte Peter, philologisch über die Brillengläser sehend; dann fragte er in barschem Ton: „Suchen Sie Arbeit?“

Peter stand da, drehte seinen Hut in beiden Händen herum und antwortete etwas verdußt: „Jawoll!“

Diese Antwort hatten sie ihm beim Kommiss so eingetrichtert, daß er sie ganz unbewußt hervorrief.

„Und die da draußen?“ fragte der Brillenmann wieder.

„Die suchen auch Arbeit“, antwortete Peter kurz.

„Dann rufen Sie die Kerle herein“, befahl der Pfortner; denn er war es in höchst eigener Person. Die anderen waren Hilfskräfte.

Der Pfortner hingte den Hörer des Telefons aus und rief den Plagmeister an. Hier seien fünfzehn Mann, die Arbeit suchen, ob welche gebraucht werden?

„Selbstverständlich, er brauche noch viel mehr und käme sofort“, kante es von dort zurück.

Darauf thronte sich der Herr Pfortner wieder auf seinen hohen Schemel, notierte ihre Namen, ihren Wohnort und Geburtsort und fragte nach ihren Ausweisen, Invalidenkarten, Geburtschein oder ähnlichem. Peter Gohler hatte nur seinen Militärpaß zur Stelle, etwas anderes besaß er nicht. Der Pfortner nahm ihnen die Sachen ab, mit der Bemerkung, heute abend können Sie die Papiere außer den Invalidenkarten wieder in Empfang nehmen und, falls sie nicht eingekestellt würden, sofort nach Verlassen der Fabrik.

Unterdes kam der Plagmeister angepölkert, ein älterer Oranbhart mit rotem Tomatengesicht, in einer uniformähnlichen Ledersacke, Ledergamaschen und grünem Hut mit einem Gamsbart überbraut. Er blies die Backen auf, so daß die Augen vor den Fettwülsten fast verschwanden. Die Ohren standen gehörig nach abwärts, die Nase war viel zu groß abgeplattet wie der Nordpol und noch rötter als das Gesicht, die struppigen, wenigen Kopshaare waren notwendig zurechtgebürstet, der Schnurbart stand widerspenstig um die Oberlippe. Das ja alles aus wie ein überreifer, an mehreren Stellen geplatzter Kürbis. Der Oberkörper beugte sich merklich nach vorn, die Beine knickten schon etwas ein; trotzdem lag in der ganzen Haltung des Mannes etwas bewußt Stämmiges. Man sah, dieser Mann konnte seine besten Jahre nicht in der Fabrik mit harter Arbeit verbracht haben. Im Gegenteil, er sah einem ost-europäischen Krankhaften sehr ähnlich.

Ja, er war ein ehemaliger Kapitulant, hatte seine zwölf Dienstjahre heruntergezerrt, war mit einem Zivilvorkursgeheim abgegangen und glücklich hier in der Fabrik als Plagmeister gelandet. Aber er hatte nur die Uniform ausgezogen, den Katernhofstern und die Kommissmanier hatte er ruhig beibehalten, sonst wäre er vielleicht auch nicht Plagmeister geworden. Er rieb sich die Hände und wandte sich in laut kräpenderm Tone an den Pfortner.

„Sind die Leute notiert?“ Worauf der Angeredete wieder einen gelehrten Blick über die Brillengläser warf und, weiter-schreibend, brumnte: „Ja!“

Die beiden konnten sich scheinbar nicht gut vertragen.

Ohne ein weiteres Wort öffnete der Plagmeister die Tür und befahl in militärischem Tone: „Los — ohne Zutritt — marsch!“

Die fünfzehn Mann folgten ihm. Unterwegs wurden ihnen aus einer großen — Fässer gefüllten Halle Wiße entgegengerufen, in einer Ecke schlugen ein paar Mann Petroleumfässer zu und pfliffen, als sie den Plagmeister anrücken sahen, einen Militärmarsch, dessen Rhythmus genau dem Taktschritt des Alten angepaßt war. Offenbar wollten sie ihn damit ärgern oder verulken. Vor seinem Büro mußten sich alle fünfzehn in einer Linie aufstellen, ein Schreiber nahm ihre Personalien auf, unterdessen sich der Plagmeister nach ihren Verhältnissen erkundigte.

„Wo haben Sie vorher gearbeitet?“ fragte er Peter Gohler.

„Ja harte, Herr Plagmeister!“

„Haben Sie gedient?“

„Jawoll, Herr Plagmeister!“

„Bei was für einem Regiment?“

„Bei den dritten Gardeulanen!“ Diesmal ließ Peter den

„Plagmeister“ weg.

„Jawoll, Herr Plagmeister“, mein Lieber, ein Soldat vergißt nie den Rang.“ Dann jodiel hinzuzufügend: „Er ist zu gebrauchen, er scheint ein guter Soldat gewesen zu sein, er wird auch ein guter Arbeiter. So müßte ich lauter Leute haben!“

Darauf ging er in sein Büro und telephonierte die Betriebe an, daß die angeforderten Leute da seien und in einer halben Stunde die Arbeit aufnehmen könnten.

Peter Gohler blickte sich um. Neben an wurden auf einem Schienenwege Eisenbahnwagen rangiert, Arbeiter öffneten die Wagen und begannen mit der Entladung. Die Wagen waren mit Satz beladen, welches von der Fabrik waggowweise verbraucht wurde. Vorher vermischten die Leute das Salz mit Farbe, anwesende Zollbeamte übten eine genaue Kontrolle aus. Peters Nebenmann stampfte die Nase und meinte: „Hier riecht's weiß Gott nicht nach Parfüm!“

Ein anderer sagte: „Ja, hier stinkt's wie in einem Affenstall!“

In dem Moment kam der Plagmeister wieder zur Tür heraus und kommandierte wieder: „Los — ohne Zutritt — marsch!“

Ja einem großen Kleiderlager erhielt jeder einen blauen Arbeitsanzug, ein Hemd, ein Handtuch und ein Paar Holzschuhe. Darauf ging es zum Badehaus und Ankleideraum, sie mußten sich anziehen. Von da aus marschierten sie wieder zum Pfortner. Hier bekam jeder eine Wachmarke mit einer aufgedruckten Nummer, ein Hilfsarbeiter zeigte ihnen, wo die Marken morgens und abends abgehängt und in eine Kontrolluhr geworfen wurden. Peter Gohler hatte die Nummer achtshundertzwei.

Roman von Fritz Molinar

Das Versuchskarnikel.

Meine Eltern waren arm an den Glücksgütern dieser Welt aber um so reicher an Kindern. Doch diesen Reichtum überließ ich ihnen die Reichen des Dorfes gern. Jedes Jahr rückte ein neue Brüderchen oder Schwesterchen an und erhob schreienden Protest gegen sein Dasein. Es wurde in einen Wäschekorb gebettet, nicht in eine Wiege, wie das so schön in den Poesiealben heißt. Manche von ihnen hatte bald genug und verschwand wieder, ohne viel Aufsehen zu machen. Bis endlich mit dem fünfzehnten der Segen aufhörte.

Kinderreiche Familien im Proletariat riechen nach Armut und den Wohlbegüterten unseres Ortes stieg dieser Geruch immer wieder in die Nase. Sie waren hochachtbare Leute, hatten ein christliches Herz und flossen über in reiner Nächstenliebe. Herr Baurat Müller klopfte den Vater von Zeit zu Zeit wohlwollend auf die Schulter. (Vom Vater habe ich nie gesehen, daß er das auch bei dem Herrn Baurat tun durfte.) Und er sagte mit einer Stimme, als ob er Lebertran geschluckt hätte: „Lieber Mann, es ist eine göttliche Wahrheit, Kinder sind eine Gabe Gottes.“ Er stand mit diesem gütigen Geber auf vertrauten Füße, als Mitglied des Kirchenvorstandes nämlich. Zuweilen besuchte uns seine Frau, obwohl sie an die zwei Zentner wog und wie ein Wätrich schnauzte. Aber sie liebte solche heidische Geffen. Stets brachte sie uns einige Nummern der „Friedensglocke“ mit, einer Zeitung, aus der wir erfahren, wie drüben in Afrika die Negerkinder mit wollenen Strümpfen und Wibelprüchen versorgt wurden. Die Vortreffliche wußte aber auch, daß man von Wibelprüchen allein nicht satt werden konnte. Sie hatte deshalb ihre Kumpelkammer und auch die Küche nach Abfällen durchstöbert und eckliche Herrlichkeiten mitgebracht. Für die Mutter einige Röcke und Kleider, wie sie vor zehn Jahren Mode waren. Die Sachen hatten nur den einzigen Fehler, daß sie der schmachtigen Mutter nicht paßten. Sie wurden deshalb zu Windeln verarbeitet, die bei uns ja immer in genügenden Mengen gebraucht wurden. Dann gab es oft noch Eingemachtes, im Hochsommer natürlich, wenn die Gläser wieder gebraucht wurden, und auch Kaffeesatz, den man noch mal aufkochen konnte.

Auch andere Frauen des Bürgervereins kamen, vom Eifer des Gebens besessen. Sie trugen alle lange Titel vor den Namen, die auszusprechen uns meist zu schwer waren. Wir mußten uns aber darin üben, denn sie legten großen Wert auf diese Anrede. Wenn sie bei uns eintraten, legten sie mit heroischer Gebärde das Taschentuch vor die Nase oder sie bedienten sich des Niesfläschchens. Ich betrachtete sie wie Götzenbilder. Wenn sie sich nach dem Befinden des jeweils Kleinsten erkundigt hatten, verschwanden sie wieder ziemlich rasch, und eine süßduftende Wolke von Parfüm blieb zurück. Wir verließen dann den Fußboden, auf dem wir uns aufgehalten hatten, und stürzten uns auf die Gaden, die zurückgelassen worden waren. Da gab es allerhand Spielzeug für uns. Bleiboldaten mit zerbrochenen Gliedern, oder denen der Kopf fehlte. Die Mädchen bekamen Puppen, deren Eingeweide von Holzwole und Sägespänen sichtbar wurde. Aber wir freuten uns doch darüber. Auch alte Filzpantoffel gab es und ähnliches Zeug. Einmal war sogar ein Petroleumofen dabei; noch nie hatten wir vorher ein solches Ding gesehen. Die Mutter meinte seufzend, daß ihr ein Zentner Kohlen lieber gewesen wäre.

Schließlich fingen auch noch die Kleinbürger an, uns mit Nächstenliebe zu überschütten. Als Vater eines Tages zum Barbier ging, wohin ich ihn begleitete, sagte dieser auf mich deutend: „Nachbar, wenn dem Buben das Haar geschnitten werden muß, schickt ihn zu mir. Es soll nichts kosten.“

Vater war natürlich sehr einverstanden. Eines Tages trachte ich los. Figaro empfing mich und führte mich durch den Laden ins Hinterzimmer. Hier saß auf einem niedrigen Schemel ein junger Burche. Er hatte auf den Knien einen hölzernen Frauenkopf, dem er die Haare sträubte. Der Meister befahl ihm, mir die Haare zu schneiden: „Aber wehe, du Satan“, sagte er hinzu, „wenn der Junge schreit, daß es die Kundschaft hört!“

Der Stiff setzte das hölzerne Fräulein weg, nahm Schere und Schneidemaschine und begann sein Werk. Er sah recht pfiffig aus, ein Gesicht halb Buster Keaton, halb der brave Soldat Schwejk. Kaum hatte er die Maschine angefaßt, sprang ich auf. Himmel, tat das weh! Als wenn er begonnen hätte, mich zu skalpieren. Aber der Jüngling lachte nur und verfluchte mich zu trösten: „Ich merke doch gar nichts, daß das weh tut.“ Solche Robeit, zum Schaden noch den Spott. Ich biß die Zähne zusammen, und er fuhr fort, mich zu schinden. Meine Haare waren üppig zu jener Zeit. Er rötete darin Schneisen wie in einem Hochwald. Meine Zähne klapperten. Jetzt schien er meinen Kopf als geometrische Aufgabe zu betrachten. Ich sah im Spiegel, wie er eine Spur vom Nacken nach der Stirn zog und dann von Ohr zu Ohr. Wie ein Clown sah ich aus. O Glend!

Noch heute überläuft es mich kalt und heiß, wenn ich daran denke. Es war, als ob jedes Haar einzeln herausgezogen würde, und das gründlich bis zur Wurzel. Nur auf dem Scheitel ließ er ein paar Haarbüschel stehen, wie ein Gefäß auf kahlem Hügel. Endlich war er fertig mit seiner Arbeit. Auch ich war fertig, mit meiner Kraft nämlich. Er streichelte mich, verpochte mir Zuckerplätzchen und, als das nichts fruchtete, gar Zigaretten, die ich heimlich rauchen sollte. Ich wimmerte weiter. Er drohte, wenn ich nicht aufhöre, wolle er mir das Genick umdrehen. Da schwieg ich. Der Meister kam. Ein Blick, und der Lehrling bekam eine schallende Ohrfeige.

Doch damit wurde ich von meinen Schmerzen nicht erlöst. Doch eins haben sie mir fürs Leben eingepriegt: bürgerliche Wohltätigkeit muß vom Proleten immer teuer erkauf werden.

Arthur Jah.

Humoristische Ecke.

Gesucht und gefunden.

Vom Amtsgericht in B. wurde ein Burche wegen Taschendiebstahls abgeurteilt. Er hatte seiner Geliebten aus der Tasche des Unterrockes ihre Watschaft geklaut. Befragt, ob ihr die Manipulation des Burchen nicht aufgefallen sei, gab die biedere Marie verschämft zur Antwort: „Ach, wisset Ge, Herr Amtsrichter, i han g'moint, er häß ehrlüche Absichte.“

Die fessame Baumfrucht.

Ein Bauer hatte das Unglück, daß sich seine Frau an einem Apfelbaum in seinem Garten erhängte. Sein Nachbar kam und bat um einen Zweig vom dem Baume. Der Leidtragende wollte es ihm ansprechen. Allein der Nachbar gab nicht nach. Als der Bauer endlich unwillig ausrief: „Warum müßt du denn gerade einen Zweig von diesem Unglücksbaum haben?“ erhielt er zur Antwort: „Ich will ihn auf einen Stamm in meinem Garten pflanzen; wer weiß, ob der mir nicht auch einmal solche Frucht trägt.“

Die alte Lehrerin.

„Wenn ich sage: ‚Ich war schön, so ist das die Vergangenheit. Wenn ich nun sage: ‚Ich bin schön, was ist das?‘ — ‚Vielogen, Fräulein!‘“

(Fortsetzung folgt.)